

# JAHRESBERICHT REGISTER MITTE 2022

RASSISTISCHER VORFÄLLE UND GRUPPEN-  
BEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT  
UNABHÄNGIGE DOKUMENTATION UND ANALYSE



## Impressum

Internet: [www.berliner-register.de/mitte](http://www.berliner-register.de/mitte)  
[www.narud.org/register-berlin-mitte](http://www.narud.org/register-berlin-mitte)

Mail: [register@narud.org](mailto:register@narud.org)

Träger: NARUD e.V.  
Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Telefon: 030/407 57 551

Redaktion: Aziz Lamere, Matthias Oberg, Max Williams

Fotos: Titelbilder: ©Narud e.V. :  
Tag der Zivilcourage; Foto Berlin, Ecke Hermannplatz  
NARUD e.V.; Fotolia © Jürgen Fälchle, Christopher Street day ;  
weitere Bildrechte an den Fotos vermerkt

Gestaltung: Ellen Windmüller · Kommunikationsdesign

## INHALT

<b>I. BERLINER REGISTER</b> .....	5
I.I WAS IST DAS „BERLINER REGISTER“ .....	5
I.II ERHEBUNG UND RECHERCHE .....	6
<b>II. AUSWERTUNGEN</b> .....	9
II.I ART DER VORFÄLLE .....	9
II.II VORFÄLLE NACH MOTIVEN .....	12
II.III VERTEILUNG NACH ORTSTEILEN .....	16
II.IV FACHTAG 2022 .....	26
II.V ZIVILCOURAGE .....	29
II.VI AUSZÜGE AUS DEM REGISTERS .....	30
<b>III. KONTAKTADRESSEN UND BERATUNGSANGEBOTE</b> .....	31
III.I ANLAUFSTELLEN .....	32
III.II BERATUNGSSTELLEN .....	34





## I.I. Was ist das „Berliner Register“?

Das Berliner Register dokumentiert Vorfälle aus Berlin, die rassistisch, antisemitisch, anti-Schwarz rassistisch, antimuslimisch-rassistisch, antiziganistisch, extrem rechts, LGBTIQ\*feindlich<sup>1)</sup>, den Nationalsozialismus verherrlichend oder verharmlosend, behindertenfeindlich, antifeministisch oder sozialchauvinistisch motiviert sind. Die Aufgaben des Registers sind die Dokumentation und Analyse von radikal und extrem rechten Aktivitäten, Vorfällen und Gruppierungen sowie die Sichtbarmachung von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Durch die Sichtbarmachung der alltäglichen Diskriminierung und der Aktivitäten extrem rechter Gruppierungen im eigenen Bezirk können Anwohner\*innen für diese Thematiken sensibilisiert werden. Um auch diese alltäglichen Vorfälle sichtbar zu machen, berücksichtigen die Register im Gegensatz zu bestehenden Statistiken nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle wie Angriffe oder Sachbeschädigungen, sondern ebenso niedrigschwellige Vorfälle, wie das Anbringen von diskriminierenden Parolen, aber auch jene Vorfälle, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht wurden oder nicht in das Blickfeld offizieller Stellen gerückt sind. Das Registrieren solcher Vorfälle bei der Registerstelle Berlin-Mitte und in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und in dem sie mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. In der Registerstelle Berlin-Mitte können Betroffene eine Erst- und Verweisberatung erhalten. Hier wird ihnen geholfen, soweit nötig, die für sie jeweils geeignete spezialisierte Beratungsstelle zu finden.

Durch die Veröffentlichung und die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft am Register wächst das Interesse für die Diskriminierungsproblematik, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl, selbst auch betroffen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Die Auswertung der Daten dient darüber hinaus dem Ziel, gesellschaftliche Tendenzen sichtbar zu machen: Wie entwickeln sich rechtsradikale Einstellungen und diskriminierende Handlungen? Aus welchen Motivationen geschieht Diskriminierung? Hierüber informieren die Berliner Register Politik, Wissenschaft und die breite Öffentlichkeit.

Wenn die Registerarbeit zunächst auch hauptsächlich Dokumentation und Auswertung von Vorfällen umfasst, möchten wir jedoch nicht auf der beschreibenden Ebene stehenbleiben, sondern Handlungen gegen Diskriminierung stärken. Hierfür werden Einzelpersonen zu mehr Zivilcourage ermutigt und befähigt und lokale Bündnisse gegen Rassismus und Diskriminierung gestärkt.

Das Register Berlin wurde 2005 gegründet und war zunächst auf die Bezirke Pankow und Lichtenberg begrenzt. Damals begann ein Aufbauprozess, der sich über mehr als zehn Jahre erstreckte. Im August 2007 wurde die Koordinierungsstelle von Treptow-Köpenick eingerichtet. Im Jahr 2013 nahmen die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln ihre Arbeit auf. Im August 2015 folgte der Bezirk Reinickendorf und im September 2016 konnte mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Steglitz/Zehlendorf ein geschlossenes Erfassungsgebiet, das sich auf ganz Berlin bezieht, gebildet werden.

<sup>1)</sup> Anfeindung aufgrund der sexuellen Identität oder Orientierung (Englisch: Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual, Queer)



Seit 2014 wird die Registerstelle im Bezirk Berlin-Mitte von NARUD e.V. getragen. NARUD e.V. ist eine migrantische, afrikanisch-diasporische Organisation, die sich insbesondere für Integrationsförderung, entwicklungspolitische Bildung und Entwicklungszusammenarbeit einsetzt und das Ziel verfolgt, die diskriminierungsfreie Teilhabe von Migrant\*innen in Berlin zu fördern. Es ist folgerichtig ein Anliegen von NARUD e.V. dazu beizutragen, alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung in aufklärerischer Weise sichtbar zu machen und zu überwinden.

Finanziell gefördert wird das Register Berlin-Mitte durch die Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, das Bezirksamt Berlin-Mitte und das Jobcenter Berlin-Mitte.

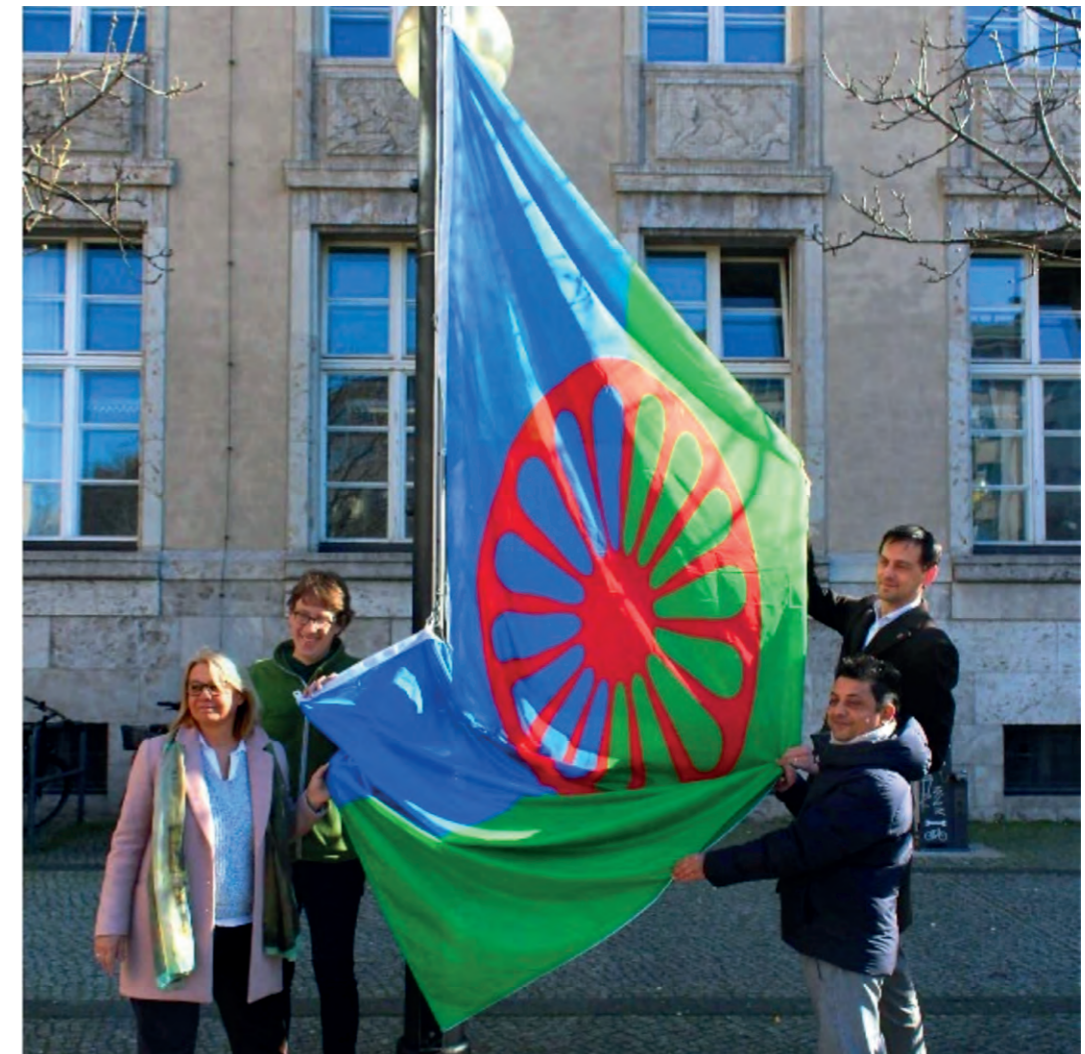
## I.II. Erhebung und Recherche

Damit die Register ein möglichst genaues Bild des Ist-Zustandes und der Entwicklungen in Berlin geben können, sind sie auf Daten angewiesen. Diese Daten gewinnen wir zum einen aus eigener Recherche, zum anderen aus Meldungen von Bürger\*innen und von Kooperationspartner\*innen wie z.B. den Anlaufstellen. Die Zahl der recherchierbaren Daten ist begrenzt, da es nur begrenzte Quellen gibt: Polizeimeldungen der Berliner Polizei, Artikel in der Presse, andere Dokumentationszentren sowie aktive Gruppen oder Einzelpersonen, die solche Daten sammeln. Um mehr Meldungen aus der Bevölkerung zu bekommen, setzen wir auf Öffentlichkeitsarbeit und auf die Gewinnung von Kooperationspartner\*innen. Beratungsstellen und andere Orte mit hohem Publikumsverkehr gewinnen wir als Anlaufstellen, bei denen Personen Vorfälle melden können und die uns Meldungen aus ihrem Arbeitsalltag weiterleiten.

### WERDEN SIE REGISTER-ANLAUFSTELLE

Das Register braucht die Beteiligung vieler Menschen bei der Sichtbarmachung von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bezirk. Werden Sie aktiv und unterstützen Sie die Arbeit. Beratungsstellen, Vereine, Nachbarschaftszentren, Jugendclubs und andere soziale Einrichtungen können als Anlaufstelle aktiv werden, indem sie für das Register werben und Vorfälle an das Register Berlin-Mitte weiterleiten. Meldebögen und Informationsmaterialien können unter [register@narud.org](mailto:register@narud.org) angefordert werden. Gerne führen wir auch Schulungen für die Mitarbeiter\*innen der Anlaufstellen durch.

Des Weiteren intensivieren wir unsere Netzwerkarbeit, um weitere Organisationen und Multiplikator\*innen zu aktivieren, uns zu helfen, das Register bekannt zu machen und dadurch Meldungen von Betroffenen und Zeug\*innen zu gewinnen. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf von Diskriminierung betroffene Menschen, wie z.B. Migrant\*innen.



Amaro Foro e.V. , Foto © Christian Kölling

Besonders wichtige Kooperationspartner\*innen, mit denen wir regelmäßig erfasste Daten austauschen, sind die Opferberatungsstelle „Reach Out“, die Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) des Amaro Foro e.V. und für antimuslimischen Rassismus, Inssan e.V. und REDAR.

Bürger\*innen-Meldungen können direkt bei den Registerstellen und ihren Anlaufstellen oder telefonisch, online über die Webseite des Berliner Registers oder die Seite der Registerstelle Mitte auf der Webseite des Trägers NARUD e.V., per Mail, via Twitter oder per Post gegeben werden.

Das Berliner Register orientiert sich an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen oder der Zeug\*innen eines Vorfalls. Um die rassistischen oder diskriminierenden Hintergründe eines Vorfalls festzustellen, wird Wert darauf gelegt, einen Vorfall mit möglichst mehreren Quellen zu prüfen. Einige Vorfälle, die infolge einer polizeilichen Erfassung nicht auf Anhieb einen diskriminierenden Bezug erkennen lassen, werden so bei einer genaueren Betrachtung relevant, wenn beispielsweise belegt werden konnte, dass einer Körperverletzung eine rassistische Anfeindung vorausging. Situationsabhängig recherchieren die Mitarbeiter\*innen vom Register Mitte auch vor Ort, um das Geschehen im Umfeld von Demonstrationen der extrem rechten Szene zu beobachten oder um Sachbeschädigungen bzw. rassistische Schmierereien zu prüfen.





### Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.

Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin  
 Telefon: Tel.: (030) 40757551 · Mobil: 0157/76318728  
 Mail: [register@narud.org](mailto:register@narud.org)  
 Internet: [www.narud.org/register/](http://www.narud.org/register/)  
 oder [www.berliner-register.de/vorfall-melden/](http://www.berliner-register.de/vorfall-melden/)  
 Twitter: [@narud\\_ev](https://twitter.com/narud_ev)



gefördert von:

Gefördert durch

im Rahmen von

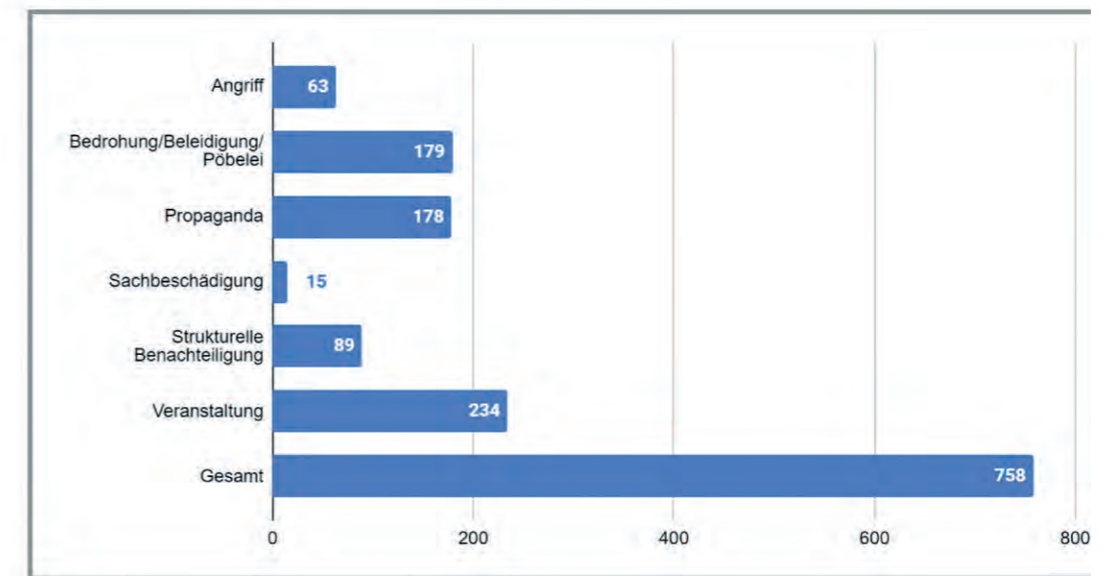
<b>BERLIN</b>		
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus



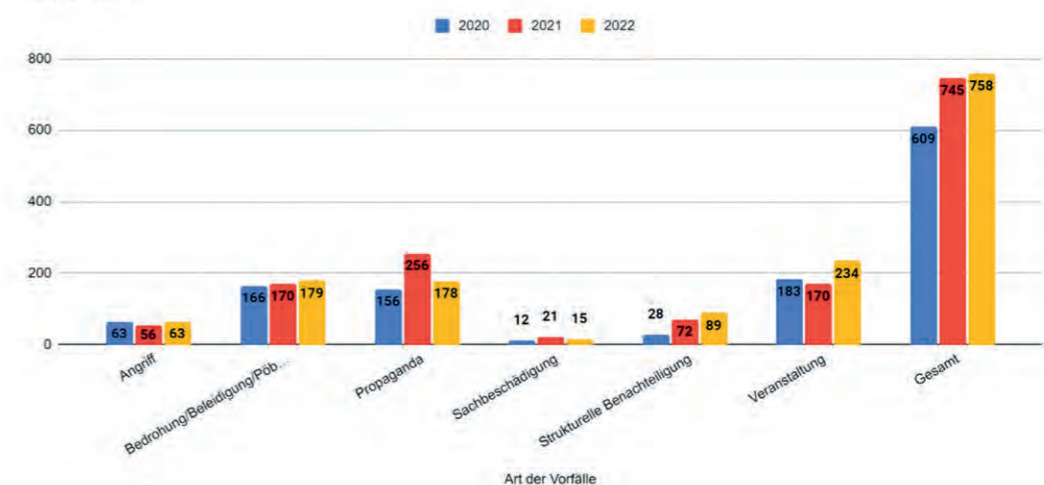
## II. Auswertungen

Im Bezirk Mitte wurden **im Jahr 2022 758 Vorfälle**, gegenüber 745 (2021) und 609 (2020) erfasst. Damit ist Mitte, wie bereits in den letzten fünf Jahren, der Bezirk mit den meisten Vorfällen. Berlinweit wurden mit 4156 Vorfällen weniger Vorfälle registriert, als im Jahr 2021 (4841). Mitte war einer der wenigen Bezirke, der dennoch einen Anstieg verzeichnen konnte. Wie schon in den beiden Vorjahren registrierte das Register Mitte besonders viele extrem rechte, verschwörungsideologische Demonstrationen und Kundgebungen, insbesondere im Regierungsviertel und im Ortsteil Mitte. Mit dem Ende der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im Frühjahr versuchten Akteur\*innen der extremen Rechten den Fokus ihrer Veranstaltungen auf den Krieg in der Ukraine und die damit einhergehende Fluchtbewegung zu wechseln. Auf diesen Demonstrationen wurden nicht nur antisemitische und NS-verharmlosende Verschwörungsmenchen verbreitet, von ihnen ging auch immer wieder Gewalt gegen politische Gegner\*innen der extremen Rechten, Journalist\*innen, Geflüchtete und andere Menschen aus. Zudem verzeichneten wir einen quantitativen und qualitativen Anstieg der LGBTIQ\*-feindlichen Gewalt im Bezirk Mitte. Der Krieg und die mit ihm einhergehende Fluchtbewegung aus der Ukraine schlug sich auch in anderen Kategorien nieder. Mehr als 20 % aller in Mitte registrierten Vorfälle hatten einen Bezug zum Krieg in der Ukraine.

### II.1 Art der Vorfälle:



Vorfallsart



## Angriffe

Mit 63 Angriffen verzeichneten wir einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit 56 Angriffen. 2020 lag die registrierte Anzahl ebenfalls bei 63 Angriffen. Diese Kategorie umfasst vollzogene sowie versuchte Körperverletzung, aber auch massive Bedrohungen. Von den Angriffen waren zwei antifeministisch, sechs antisemitisch, zwei behindertenfeindlich, 14 LGBTQ\*feindlich, 14 allgemein rassistisch, acht anti-Schwarz rassistisch und einer sozialchauvinistisch motiviert. 16 Angriffe richteten sich gegen politische Gegner\*innen der extremen Rechten. Wie auch in den Vorjahren fanden viele der Angriffe in der Umgebung von Kundgebungen und Demonstrationen statt. Es wurden 17 Angriffe im Umfeld von Veranstaltungen erfasst. Diese richteten sich häufig gegen Journalist\*innen, betrafen aber auch Gegendemonstrant\*innen und Passant\*innen. 18 Angriffe fanden im ÖPNV statt. Diese waren häufig rassistisch oder LGBTQ\*feindlich motiviert. Dabei bildeten der Alexanderplatz mit fünf und der Bahnhof Gesundbrunnen mit vier Angriffen Schwerpunkte. Am Hauptbahnhof wurden drei, an der Friedrichstraße zwei Angriffe gemeldet.

## Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien

Mit **179 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien** wurde nach 170 im Jahr 2021 und 166 im Jahr 2020 ein neuer Höchststand erreicht. Von diesen Übergriffen waren drei antifeministisch, 24 antisemitisch, drei behindertenfeindlich, 17 LGBTQ\*feindlich, 35 allgemein rassistisch, 27 anti-Schwarz rassistisch, 20 anti-muslimisch rassistisch und 7 NS-relativierend / verharmlosend. 22 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien richteten sich gegen politische Gegner\*innen der extremen Rechten. Das Register Mitte registrierte 40 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im Umfeld von Kundgebungen und Demons-

trationen. Dabei waren in acht Fällen Journalist\*innen das Ziel. Es kam aber auch zu Übergriffen auf Gegendemonstrant\*innen oder Passant\*innen. Wir registrierten mehrfach Vorfälle, in denen Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien von Teilnehmende von extrem rechten Demonstrationen nach dem Ende der Veranstaltung ausgingen. So beleidigten Teilnehmende von Kundgebungen aus dem Reichsbürger\*innenmilieu am Hauptbahnhof mehrfach Geflüchtete aus der Ukraine. In einem anderen Vorfall drohte ein verurteilte Holocaustleugner nach einer Veranstaltung am Brandenburger Tor mit einem Anschlag auf die US-Botschaft. Auch wenn Teilnehmende von Demonstrationen mit dem ÖPNV abreisten, gingen von ihnen Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien aus. Insgesamt registrierten wir 40 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im ÖPNV. Dabei waren der Hauptbahnhof mit 13 und der Alexanderplatz mit neun Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien Schwerpunkte. Uns wurden 15 Vorfälle gemeldet, bei denen Betroffene an ihrem Arbeitsplatz bedroht, beleidigt oder angepöbelt wurden. Der Großteil dieser Vorfälle war rassistisch motiviert. Wir registrierten sechs Vorfälle im Bildungssektor. Bei 17 Vorfällen waren Kinder betroffen.

## Propaganda

Einen **starken Rückgang** von 256 (2021) auf **178 Vorfälle** verzeichneten wir in der Kategorie **Propaganda**. Dieser Rückgang hatte zwei Ursachen: Erstens erreichte die verschwörungsideologische Mischszene nach dem Ende der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nicht mehr den hohen Mobilisierungsgrad der beiden Vorjahre. Dadurch wurden aus dieser Szene heraus auch weniger Aufkleber, Plakate und Graffitis verbreitet. Zweitens fiel der extrem rechte Versandhandel politaufkleber.de aus Halle weg. Gerichtsprozesse gegen seinen Betreiber und angeordnete Firmenschließung verhinderten, dass politaufkleber.de wie in den Vorjahren

die gesamten rechten Szenen mit besonders günstigen Aufklebern versorgt hatte. Das häufigste Motiv bei Propagandavorfällen war Antisemitismus mit 44 gemeldeten Vorfällen, gefolgt von rechter Selbstdarstellung mit 34 Vorfällen. Auch NS-Verharmlosung / Relativierung (27), Propaganda gegen politische Gegner\*innen (19), allgemein rassistische (21) sowie antimuslimisch rassistische (18) Propagandavorfälle kamen häufig vor. Der Rückgang bei Propagandavorfällen verteilte sich relativ gleichmäßig über die Motive. Die einzige Ausnahme war antimuslimisch-rassistische Propaganda, bei der die Vorfälle fast konstant blieben.

## Veranstaltungen

Obwohl die verschwörungsideologischen und extrem rechten Szenen weitaus **weniger Teilnehmende** zu ihren Kundgebungen und Demonstrationen mobilisieren konnten als in den letzten beiden Jahren, erfasste das Register Mitte mit **234 mehr Veranstaltungen** als in allen Vorjahren. 121 dieser Veranstaltungen waren im Reichsbürger\*innenmilieu zu verorten. Bei 190 Veranstaltungen spielte die Coronapandemie eine Rolle. Im Umfeld von Demonstrationen und Kundgebungen kam es zu neun erfassten Angriffen auf Journalist\*innen, von denen sechs von verschwörungsideologischen Veranstaltungen ausgingen.

## Strukturelle Benachteiligungen

Mit **89** erfassten **strukturellen Benachteiligungen** wurde der **Höchststand** von 2021 übertroffen. Seit 2020 hat sich die Zahl der Vorfälle in dieser Kategorie mehr als verdreifacht. In dieser Kategorie erfassten wir Vorfälle wie Leistungsverweigerungen und Diskriminierungen an Schulen, in Behörden, bei der Arbeit oder bei der Wohnungssuche. Mehr als 40 % der strukturellen Diskriminierungen richteten sich dabei gegen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen mussten.

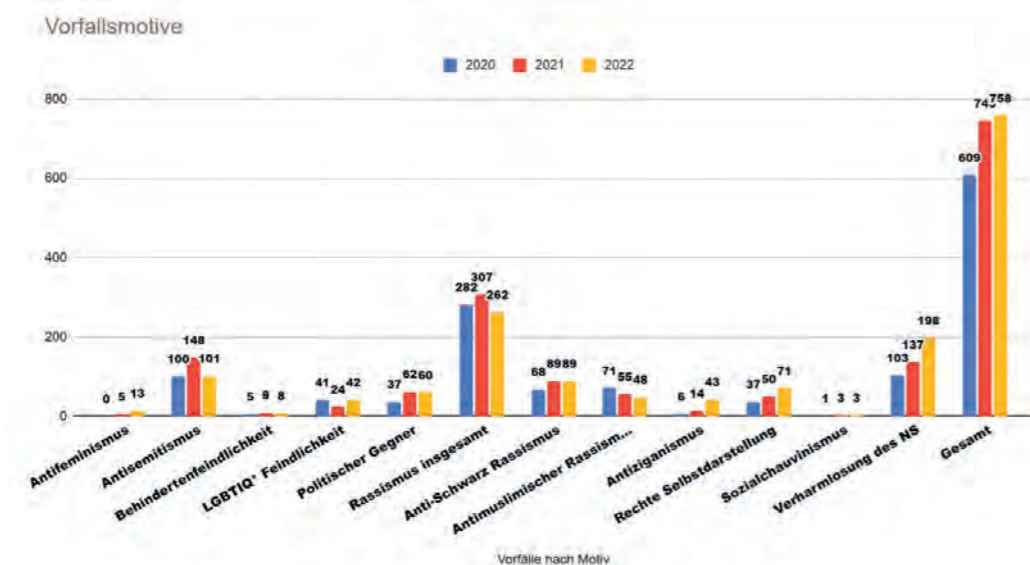
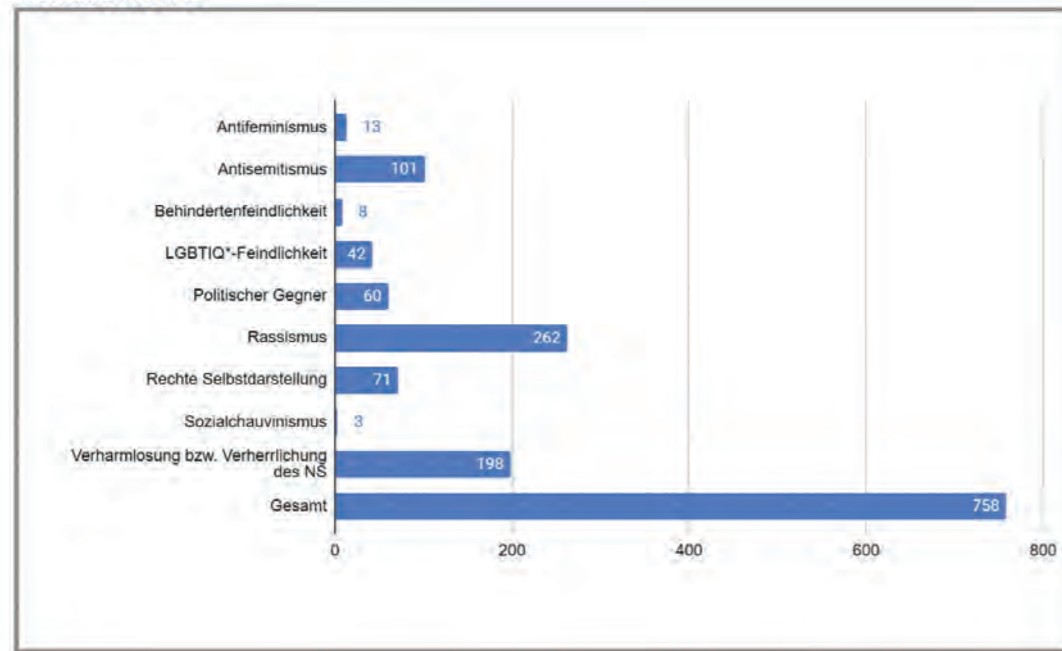
Insbesondere Rom\*nja und Afrikaner\*innen, bzw. Schwarze Menschen, welche aus der Ukraine fliehen mussten, waren hiervon betroffen. Dabei waren der Hauptbahnhof und das Landesamt für Einwanderung in Moabit Schwerpunkttorte. Am Hauptbahnhof erfuhren Geflüchtete direkt nach der Ankunft eine Reihe von Diskriminierungen. Meist wurde ihnen dabei unterstellt, keine "richtigen" Geflüchteten zu sein und ihnen aus diesem Grund der Zugang zu Essen, Unterbringung und Beratung verwehrt. Am Landesamt für Einwanderung versuchten immer wieder Behördenmitarbeitende Geflüchteten Leistungen zu verweigern, auf welche sie ein Anrecht hatten. Sowohl am Hauptbahnhof als auch beim Landesamt für Einwanderung betrafen diese Diskriminierungen besonders häufig Rom\*nja und Schwarze Menschen. Beim Landesamt für Einwanderung waren auch aus der Ukraine geflüchtete Vietnames\*innen betroffen.

## Sachbeschädigungen

Bei **Sachbeschädigungen** konnten wir eine **Rückgang auf 15 Vorfälle** beobachten. Trotz des Rückgangs gegenüber 2021 verzeichneten wir mehr Vorfälle als 2020. Die meisten Sachbeschädigungen (11) hatten einen antisemitischen Hintergrund. Wir verzeichneten jeweils eine LGBTQ\*feindliche, anti-Schwarz rassistische, antimuslimisch rassistische und NS-verharmlosende / relativierende Sachbeschädigung. Dabei wurden acht Mal Gedenkorte beschädigt. Doch es gab auch Sachbeschädigungen an jüdischen Einrichtungen.



## II.II Vorfälle nach Motiven



### Antifeminismus

Bei der 2021 neu eingeführten Motivkategorie **Antifeminismus** gab es einen starken **Zuwachs** von fünf Vorfällen 2021 auf **13 Vorfälle** 2022. Bei derzeit noch derart niedrigen Zahlen lässt sich dies jedoch vor allem auf eine etwas bessere Erfassung zurückführen. Dabei registrierten wir unter anderem zwei Angriffe, drei Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, zwei Propagandavorfälle und sechs Veranstaltungen mit antifeministischer Motivation. Wir registrierten zwei Übergriffe auf Teilnehmende einer feministischen Dauermahnwache anlässlich der Proteste

im Iran. Ein weiterer Schwerpunkt war der "Marsch fürs Leben" und die damit einhergehenden Veranstaltungen. Dazu reisten Antifeminist\*innen und Abtreibungsgegner\*innen aus ganz Deutschland an. Ebenfalls von Interesse sind eine Beleidigung/Bedrohung/Pöbeleie und eine Veranstaltung von koreanischen extrem Rechten, welche sich gegen die Friedensstatue in Moabit wandten und dabei japanische Kolonialverbrechen und die damit einhergehende sexualisierte Gewalt während der japanischen Besetzung Koreas leugneten.

### Antisemitismus

Nach einem starken Anstieg auf 148 Vorfälle im Jahr 2021 **sank** die Zahl **antisemitischer Vorfälle** mit **101 registrierten Vorfällen** wieder auf das Niveau von 2020 (100). Dennoch verzeichneten wir weiterhin 20 % mehr antisemitische Vorfälle als vor Beginn der Pandemie. Uns wurden sechs Angriffe und 24 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien mit antisemitischer Motivation gemeldet. 44 Propagandavorfälle waren antisemitisch motiviert. Bei Sachbeschädigungen war ein besonders großer Anteil antisemitisch motiviert. Wir verzeichneten elf antisemitische Sachbeschädigungen. Häufig wurden dabei Mahnmale an Gedenkortern beschädigt. So wurde 2022 der Stolperstein für Kiwe Wild in der Barfußstraße gleich zweimal beschädigt. Am 28.10. stellten Bürger\*innen fest, dass der Stolperstein durch Einkerbungen beschädigt wurde. Eine Woche später wurde der Stolperstein dann massiv mit einer Bohrmaschine beschädigt. Kiwe Wilds Stolperstein war bereits in den vergangenen Jahren mehrfach das Ziel von Sachbeschädigungen. Wir registrierten 16 antisemitische Veranstaltungen. Auf elf verschwörungsideologischen Demonstrationen registrierten wir antisemitische Äußerungen durch Redner\*innen oder auf Schildern und Plakaten. Auf sieben Demonstrationen wurde der Holocaust geleugnet. Auf zwei von uns registrierten Kundgebungen wurde Israel-bezogener Antisemitismus verbreitet.

### Behindertenfeindliche Vorfälle

Die behindertenfeindlichen Vorfälle gingen von neun auf acht Vorfälle zurück. Dabei handelte es sich um zwei Angriffe, drei Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und drei strukturelle Benachteiligungen. In zwei Fällen registrierten wir behindertenfeindliche, strukturelle Benachteiligungen gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine. Durch die geringe Anzahl an Vorfällen und den vermutlich niedrigen Erfassungsgrad lässt sich über die tatsächliche Entwicklung im Bezirk Mitte wenig sagen.

### Gegen politische Gegner\*innen

2022 gab es bei Vorfällen, die sich gegen **politische Gegner\*innen** der extremen Rechten richteten, einen unwesentlichen Rückgang von 62 auf **60 Vorfälle**. Von den 16 Angriffen auf politische Gegner\*innen richteten sich neun gegen Journalist\*innen, welche von Veranstaltungen berichteten. Wir registrierten 22 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, die sich gegen politische Gegner\*innen der extremen Rechten richteten.

### Rassismus

Der **starke Rückgang von rassistischen Vorfällen** von 307 im Jahr 2021 auf **262 Vorfälle in 2022** ist in erster Linie auf "allgemein rassistische" Vorfälle, welche sich nicht zu einer der von uns gesondert erfassten Unterkategorien von Rassismus zuordnen lassen, zurückzuführen. In diese Kategorie fallen auch viele Fälle von anti-asiatischem und anti-slawischem Rassismus. Unter der Kategorie Rassismus allgemein registrierten wir insgesamt 82 Vorfälle. Dabei handelte es sich um 14 Angriffe, 22 Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien, 21 Propagandavorfälle, zehn strukturelle Benachteiligungen und sechs Veranstaltungen.

### Antiasiatischer Rassismus

Wir registrierten elf Fälle von antiasiatischem Rassismus. Darunter waren zwei Angriffe, sechs Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und drei strukturelle Benachteiligungen. Letztere betrafen aus der Ukraine geflohene Vietnames\*innen.

Bei den Vorfällen von anti-slawischem Rassismus hatten nahezu alle einen Bezug zum Krieg in der Ukraine. Wir registrierten acht Vorfälle von anti-slawischem Rassismus, darunter ein Angriff auf ukrainische Geflüchtete.

Zwei Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gegen Ukrainer\*innen, drei gegen Russ\*innen und eine anti-polnische Beleidigung auf einer pro-ukrainischen Demonstration wurden gemeldet sowie einen Fall von anti-slawischer Propaganda. Auffällig ist, dass viele der Übergriffe geschahen, nachdem die Betroffenen in der Öffentlichkeit eine slawische Sprache gesprochen hatten.

## Antimuslimischer Rassismus

Der **Rückgang bei antimuslimisch-rassistischen Vorfällen** setzte sich im Jahr 2022 fort. Nach 71 Vorfällen 2020 und 55 Vorfällen 2021 registrierten wir **2022** nur noch **48 Vorfälle**. Wir registrierten 20 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 18 Fälle von Propaganda, eine Sachbeschädigung, sechs strukturelle Benachteiligungen sowie drei anti-muslimische Veranstaltungen. Bei den Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und den strukturellen Benachteiligungen war dabei auffällig, dass die Betroffenen meist Frauen waren. Insbesondere Anfeindungen in der Öffentlichkeit betrafen fast ausschließlich Frauen. Wir registrierten eine Beleidigung/Bedrohung/Pöbelei sowie zwei strukturelle Benachteiligungen gegen muslimische Ukrainerinnen. Auffällig war, dass die Anzahl der registrierten antimuslimisch-rassistische Propaganda fast gleich blieb, obwohl es einen starken Rückgang bei anderen Propagandavorfällen gab.

## Anti-Schwarzer Rassismus

Die Anzahl der **anti-Schwarz rassistischen Vorfälle blieb mit 89** gleich zum Vorjahr 2021. Wir registrierten acht Angriffe, 27 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, sechs Fälle von Propaganda, eine Sachbeschädigung, 46 strukturelle Benachteiligungen und eine Veranstaltung. Dabei waren bei der Hälfte der Angriffe Kinder betroffen. Erschreckend war ebenfalls die große Anzahl von Vorfällen, in denen Schwarze Menschen,

welche aus der Ukraine fliehen mussten, betroffen waren. Von den 46 anti-Schwarz rassistischen strukturellen Benachteiligungen richteten sich 20 gegen aus der Ukraine geflohene Personen. Die meisten dieser Vorfälle ereigneten sich am Hauptbahnhof und im Landesamt für Einwanderung. Wir registrierten auch fünf anti-Schwarz rassistische Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gegen aus der Ukraine geflohene Menschen. Sieben Vorfälle ereigneten sich an Schulen, darunter ein Angriff. Diese Vorfälle an Schulen zeigen dabei selten das komplette Ausmaß des rassistischen Mobbing. Sie zeigen nur einzelne Ausschnitte von wiederkehrendem rassistischen Verhalten, das nur manchmal zu einer Reaktion seitens der Lehrkräfte oder Eltern führt und uns dadurch gemeldet wurde.

## Antiziganismus

Bei **antiziganistischen Vorfällen** gab es einen **starken Anstieg** von 14 Vorfällen im Jahr 2021 auf **43 Vorfälle** im Jahr 2022. Je 21 der Vorfälle waren Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und strukturelle Benachteiligungen. Wir registrierten einen Fall von antiziganistischer Propaganda. Wie auch beim anti-Schwarzen Rassismus waren viele der antiziganistischen Vorfälle gegen Geflüchtete aus der Ukraine gerichtet. Bei strukturelle Benachteiligungen traf dies auf neun und bei Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien auf sechs Vorfälle zu. Wir registrierten zwei antiziganistische Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien sowie vier strukturelle Benachteiligungen an Schulen.

Wir verzeichneten 2022 einen erneuten **Zuwachs** bei **rechter Selbstdarstellung auf 71 Vorfälle**. Propagandavorfälle, die häufig rechte Selbstdarstellung als Motiv haben, wurden zwar weniger registriert. Jedoch beobachteten wir deutlich mehr Veranstaltungen, die vor allem der extrem rechten Selbstdarstellung dienten..

Im Jahr 2022 erfassten wir **drei** Vorfälle mit **sozialchauvinistischer Motivation**.

Diese Motivkategorie umfasst Vorfälle, bei denen obdachlose Menschen betroffen waren. Dabei handelte es sich um einen Angriff und zwei strukturelle Benachteiligungen. Damit blieb die Zahl der Vorfälle gegenüber 2021 gleich. Auch hier lässt sich durch den niedrigen Erfassungsgrad wenig über die tatsächliche Entwicklung im Bezirk sagen.

## NS-Verharmlosungen

Den stärksten **Anstieg** gab es bei **NS-Verharmlosung bzw. Relativierung**. Mit **198 Vorfällen** haben sich die registrierten NS-Verharmlosungen bzw. Relativierungen im Vergleich zu 2020 (103) fast verdoppelt. Diese Vorfälle gingen häufig von Reichsbürger\*innen und zu Beginn des Jahres von Protesten gegen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung aus. Auf Protesten aus dem verschwörungsideologischen Pandemieleugner\*innenmilieu wurden regelmäßig NS-relativierende Vergleiche zwischen Maßnahmen zu Pandemiebekämpfung und den Menschenrechtsverletzungen sowie der Vernichtungspolitik des NS-Staats gezogen. Teile des Milieus versuchten sich dadurch selbstviktimisierend als "Widerstandskämpfer\*innen" zu stilisieren. Gleichzeitig sind größere Teile dieser verschwörungsideologischen Mischszene inzwischen komplett in der extremen Rechten angekommen. Aus dieser Szene wurde auch vermehrt gezielt versucht, das NS-Regime zu verharmlosen. Reichsbürger\*innenveranstaltungen werden von uns immer in dieser Kategorie erfasst. Auch "Hitlergrüße" registrieren wir immer als NS-Verharmlosung / Relativierung. Ab dem Frühjahr erfassten wir auch eine Reihe von NS-Verharmlosungen bzw. Relativierungen auf Protesten mit Bezug zum Krieg in der Ukraine.

## LGBTIQ\*Feindlichkeit

Wir verzeichneten 2022 einen deutlichen Anstieg der LGBTIQ\*-feindlichen Vorfälle von 24 im Jahr 2021 auf 42. Besonders erschreckend war die starke Zunahme bei Angriffen von sechs im Vorjahr auf 14 im Jahr 2022. Wie in den Vorjahren waren viele dieser körperlichen Angriffe von besonders großer Brutalität gezeichnet. Auch bei Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien konnten wir einen Anstieg von zehn im Jahr 2021 auf 17 im Jahr 2022 verzeichnen. Weiterhin registrierten wir sechs Propagandavorfälle sowie jeweils eine Sachbeschädigung und eine strukturelle Benachteiligung. In Mitte registrierten wir drei Veranstaltungen, die wir als LGBTIQ\*-feindlich klassifizierten. Alle drei Veranstaltungen richteten sich gegen Rechte für Transpersonen: Zwei der Veranstaltungen waren transfeindliche Kundgebungen der Gruppe "Rad-Fem Berlin". Die dritte Veranstaltung fand in Räumlichkeiten der Humboldt-Universität statt. Neben den transfeindlichen Veranstaltungen registrierten wir fünf transfeindliche Angriffe sowie sechs transfeindliche Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien.

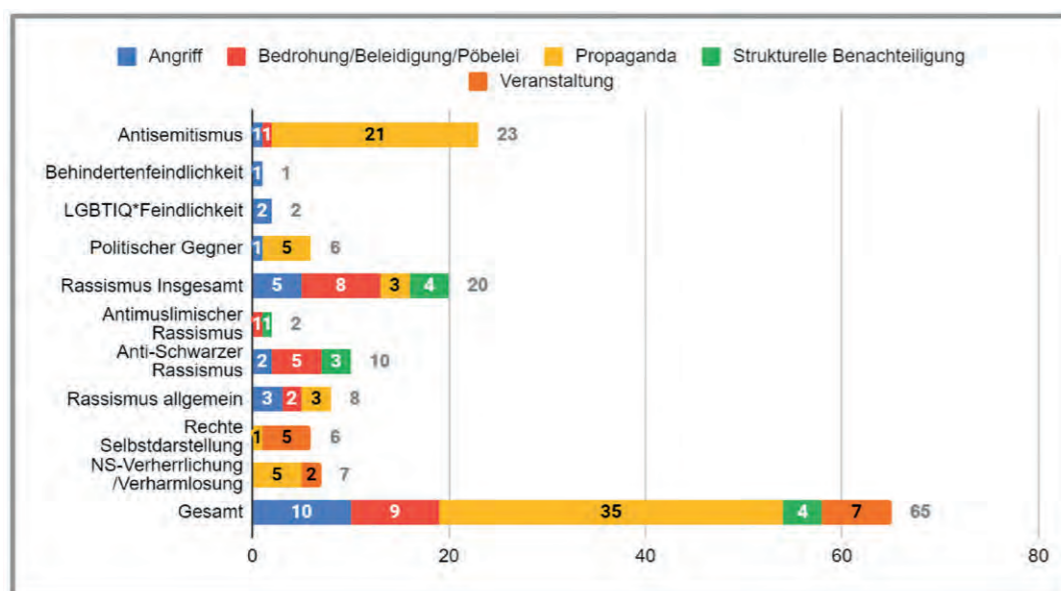
Bei LGBTIQ\*-feindlichen Vorfällen gab es im Bezirk Mitte 2022 zwei Schwerpunkte. Über das Jahr verteilt gab es im ÖPNV sowie an den Verkehrsknotenpunkt und in ihrer direkten Umgebung besonders viele Übergriffe. Der Verkehrsknotenpunkt mit den meisten Angriffen mit LGBTIQ\*-feindlicher Motivation war der Alexanderplatz mit fünf Angriffen. Im Bahnhof Gesundbrunnen wurden uns zwei Vorfälle gemeldet. Wir registrierten insgesamt acht Angriffe und vier Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien mit LGBTIQ\*-feindlicher Motivation in Bussen, Straßen-, U- und S-Bahnen sowie in Bahnhofgebäuden.



Der andere Schwerpunkt war zeitlich die Masse an Vorfällen rund um den CSD. In den Wochen vor und nach dem 23.07.2022 kam es im Bezirk Mitte zu **16 Vorfällen**, welche direkt mit dem **CSD** zusammenhängen. In diesem Zeitraum registrierten wir fünf Angriffe, **fünf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien**, drei Propagandavorfälle, zwei strukturelle Benachteiligungen und eine Sachbeschädigung. Auch hier konzentrierten

sich sowohl die Angriffe als auch die Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien rund um die **zentralen Verkehrsknotenpunkte** des Bezirks. Die meisten der Angriffe erfolgten aus Gruppen heraus. 2021 hatten wir nur vier Vorfälle mit Bezug zum CSD registriert, darunter lediglich einen Angriff.

## II.III. Verteilung nach Ortsteilen Gesundbrunnen



Im Ortsteil Gesundbrunnen registrierten wir **2022 65 Vorfälle**. Besonders im ÖPNV kam es hier zu Übergriffen. Allein am Bahnhof Gesundbrunnen registrieren wir vier Angriffe und zwei Pöbeleien.

In der Umgebung der Badstraße und der Osloer Straße wurden 2022 immer wieder antisemitische Schmierereien entdeckt. In diesen wurden die Shoah wahlweise mit der Impfpflicht oder mit einer angeblich geplanten Abschaffung des Bargelds verglichen. Auch wurden immer wieder antisemitische Sticker und Schmierereien entdeckt, die sich auf Israel bezogen.

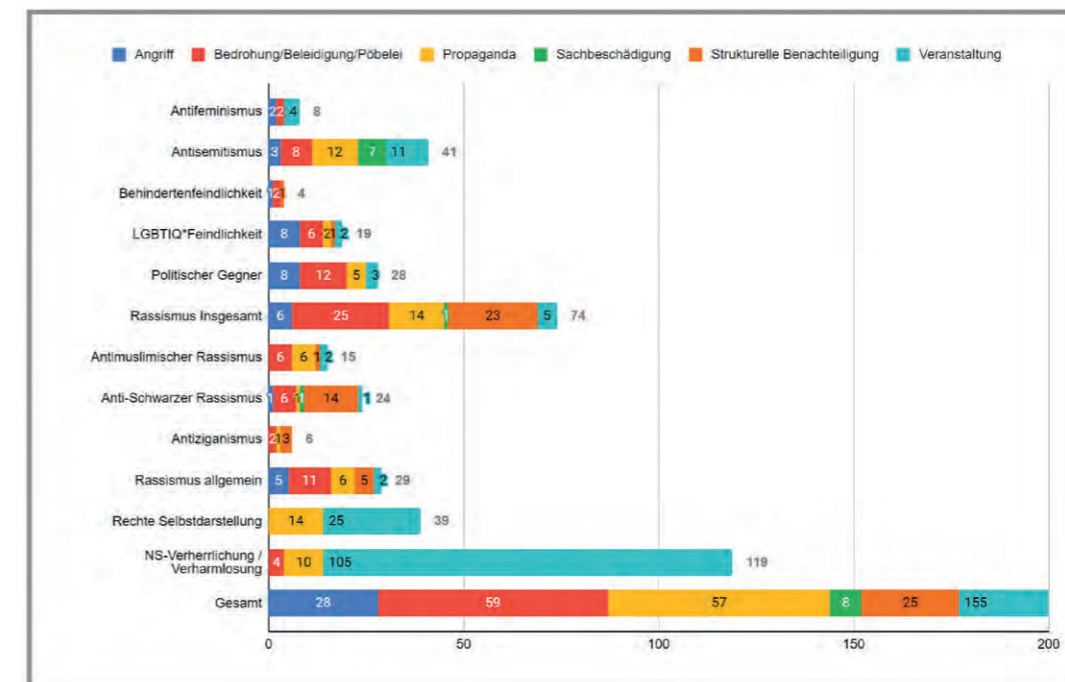
Die Kundgebungen und Demonstrationen, welche wir in Gesundbrunnen registrierten, sind alle der verschwörungsideologischen Mischszene aus Pandemielegner\*innen, Reichsbürger\*innen, Friedensbewegten und Mitgliedern der extremen Rechten zuzuordnen. Insbesondere für den Teil der Pandemielegner\*innenszene, welcher den Schulterchluss mit der extremen Rechten sucht, stellte Gesundbrunnen eine Art Rückzugsraum dar.

So fand dort eine Reihe von Veranstaltungen mit Partycharakter statt, auf denen Anhänger\*innen von Verschwörungsideologien und extreme Rechte zusammentrafen.

## Hansaviertel

Im Hansaviertel registrierten wir 2022 nur drei Vorfälle. Dabei handelte es sich ausnahmslos um Propaganda.

## Mitte (Ortsteil)

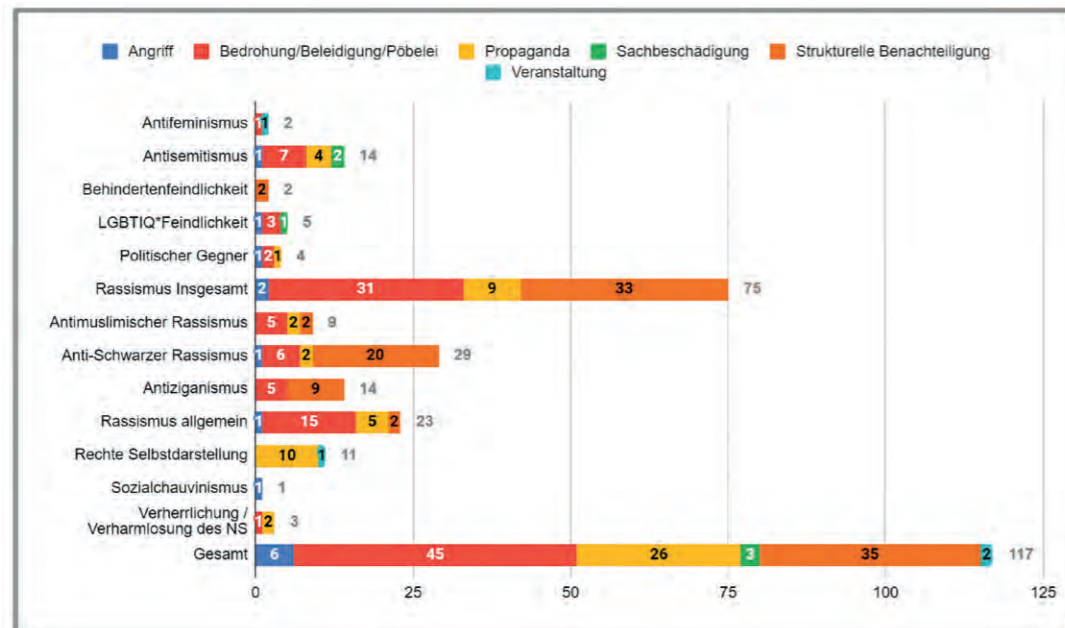


Im Ortsteil Mitte registrierten wir mit 332 Vorfällen 44 % aller Vorfälle im Bezirk. Da Teile des Regierungsviertels und das Brandenburger Tor im Ortsteil Mitte liegen, gab es hier besonders viele Demonstrationen und Kundgebung. Dort fanden 2022 wie bereits in den vergangenen Jahren Demonstrationen statt, für die die extreme Rechte zum Teil bundesweit mobilisierte. Der Pariser Platz war 2022 der Ort mit den meisten Veranstaltungen von Reichsbürger\*innen in Berlin. Insgesamt registrierten wir dort 60 Demonstrationen. Auch vom Alexanderplatz gingen Demonstrationen aus, die wir dieser Szene zuordnen. 46 von uns registrierte Demonstrationen starteten am Alexanderplatz. Von den Demonstrationen im Ortsteil ging häufig Gewalt gegen Journalist\*innen, Passant\*innen und Gegendemonstrant\*innen aus. Wir registrierten zehn Angriffe und 22 Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien im Zusammenhang mit Kundgebungen im Ortsteil Mitte.

An den Umsteigebahnhöfen Friedrichstraße und Alexanderplatz treffen verschiedene Milieus und damit Täter\*innen und potenziell Betroffene aufeinander. Dort kam es häufig zu Angriffen, Pöbeleien und Beleidigungen. Am Alexanderplatz registrierten wir neun Angriffe und elf Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien. Um den Alexanderplatz herum kam es dabei auch zu fünf Angriffen mit LGBTIQ\*-feindlicher Motivation. An der Friedrichstraße wurden uns drei Angriffe und vier Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien gemeldet. In Bussen, Straßen-, U- und S-Bahnen sowie in Bahnhofgebäuden im Ortsteil registrierten wir fünf Angriffe und elf Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien.

Neben dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas gibt es eine Reihe weiterer Gedenkorte im Ortsteil Mitte. Diese wurden immer wieder Ziel von Sachbeschädigungen oder wurden von extremen Rechten zu Propagandazwecken missbraucht, um sich dort provokativ zu inszenieren.

## Moabit

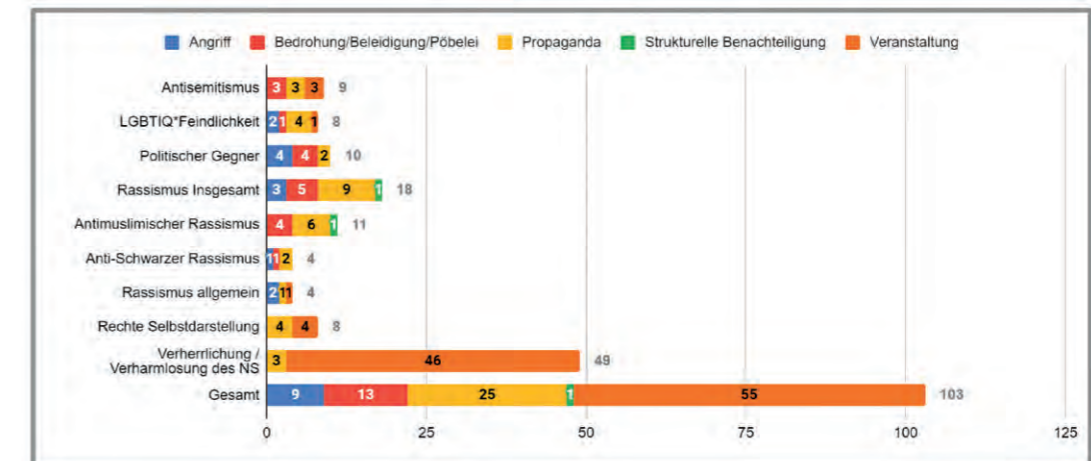


In Moabit registrierten wir 2022 117 Vorfälle. Insbesondere am Hauptbahnhof kam es immer wieder zu Übergriffen. Allein dort registrierten wir 13 Angriffe, Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien. Neben seiner Funktion als Fern- und Umsteigebahnhof war der Hauptbahnhof ab dem Frühjahr auch Ankunftspunkt für tausende Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen mussten. Geflüchtete und Helfer\*innen wurden immer wieder Ziel von Übergriffen, sowohl durch das Sicherheitspersonal im Hauptbahnhof, als auch durch Teilnehmende von extrem rechten Demonstrationen, welche im nahegelegenen Regierungsviertel stattfanden.

Neben Übergriffen gab es auch immer wieder strukturelle Benachteiligungen gegen Geflüchtete am Hauptbahnhof. Dort registrierten wir 2022 29 Vorfälle dieser Art. Auch das Landesamt für Einwanderung liegt in Moabit. Von dort wurden uns elf strukturelle Diskriminierungen gemeldet.

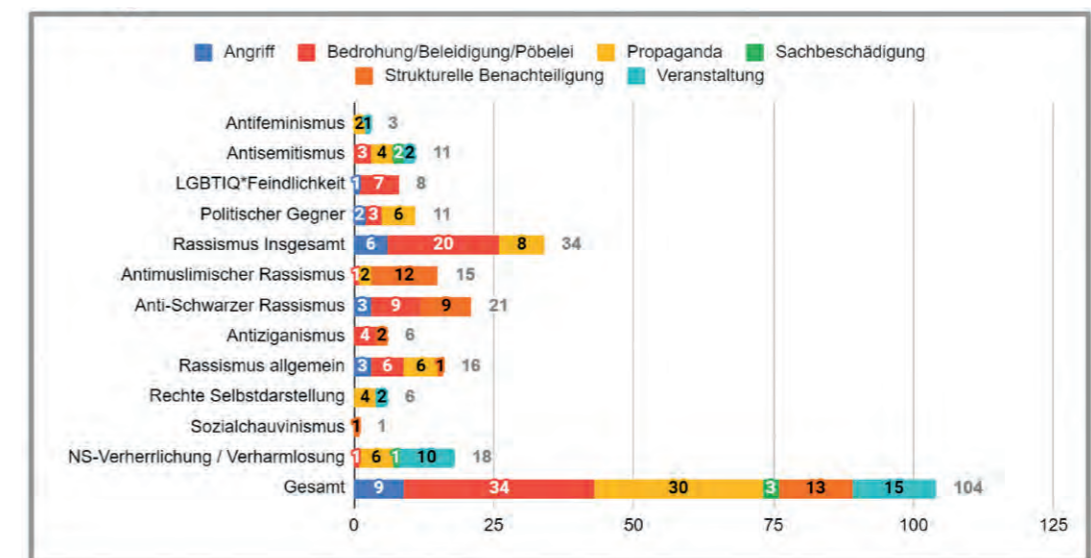
In Moabit registrierten wir im Jahr 2022 die meisten rassistischen Vorfälle.

## Tiergarten



Im Jahr 2022 registrierten wir im Ortsteil Tiergarten 103 Vorfälle. Da Teile des Regierungsviertels, insbesondere die Wiesen vor dem Reichstagsgebäude und die Straße des 17. Juni zum Ortsteil Tiergarten gehören, fanden dort eine Reihe von registerrelevanten Demonstrationen und Kundgebungen statt. Von diesen Veranstaltungen gingen mehrfach Übergriffe auf Gegendemonstrant\*innen, Journalist\*innen und andere Menschen aus. Auf der Wiese vor dem Reichstagsgelände registrierten wir 46 Kundgebungen und Demonstrationen, von denen 44 dem Reichsbürger\*innenmilieu zuzuordnen waren. Auf diesen Veranstaltungen wurde regelmäßig das NS-Regime verharmlost.

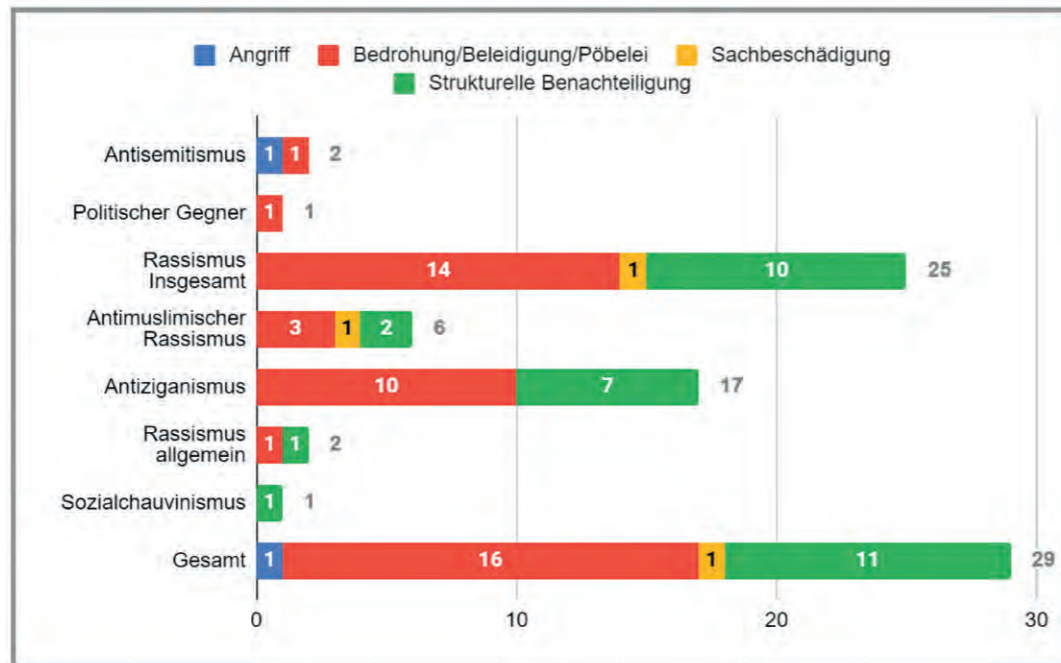
## Wedding



Im Ortsteil Wedding registrierten wir im Jahr 2022 insgesamt 104 Vorfälle. Dabei verteilten sich Übergriffe recht gleichmäßig über den Ortsteil. Eine Konzentration von Vorfällen auf ein Gebiet lässt sich jedoch bei der Propaganda feststellen. So wurde der Großteil der uns gemeldeten Sticker und Schmierereien mit extrem rechten, antisemitischen, rassistischen und gegen politische Gegner\*innen der extremen Rechten gerichteten Inhalten im afrikanischen Viertel entdeckt. Von den Veranstaltungen wurden sieben vor dem Robert-Koch-Institut abgehalten. Diese verschwörungsideologischen Kundgebungen richteten sich gegen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung und gegen Coronaimpfungen. Hier wurden meist relative Vergleiche zwischen dem NS-Regime und Eindämmungsmaßnahmen verbreitet.



## Weitere Vorfälle



Wir registrierten 29 Vorfälle, die keinem Ortsteil zugewiesen wurden. Dies geschah entweder, weil mehrere Ortsteile betroffen waren, weil uns kein Ortsteil genannt wurde oder um keine genauere Zuordnung des Vorfalls zu ermöglichen. Viele dieser Vorfälle waren Beleidigungen in Schulen oder durch Behördenmitarbeiter\*innen. Diese wurden zum Schutz der Betroffenen anonymisiert. Wir registrierten sechs Vorfälle im Internet.

## Die extreme Rechte im Bezirk Mitte

Die neonazistische NPD war 2022 in Mitte kaum noch aktiv. Mitglieder der Neonazi-Partei nahmen an zwei Demonstrationen teil, für die im Vorfeld bundesweit mobilisiert wurde. Bei beiden Demonstrationen war die NPD jedoch nicht an der Organisation beteiligt. Die erste Demonstration richtete sich gegen die Impfpflicht und zog neben der NPD auch Personen aus dem verschwörungsideologischen, reichsideologischen und neu-rechten Milieu an. In der zweiten Jahreshälfte war die NPD dann auf der "Unser Land zuerst"-Demonstration der AfD vertreten. Dem Register Mitte wurden neunmal Aufkleber der NPD beziehungsweise ihrer Jugendorganisation JN gemeldet. Der Großteil der Aufkleber wurde am U-Bahnhof Turmstraße entdeckt.

Die Neonazi-Kleinpartei "Der III. Weg" ist die derzeit in Berlin wachsende Neonazi-Organisation. Sie hat ihre Hochburgen jedoch im Ostteil Berlins. Im Bezirk Mitte trat sie auf mehreren Demonstrationen und elfmal durch Propaganda-Aktionen, mit denen sie versuchten, durch breite Verklebung von Stickern und Briefkastenverteilkaktionen auch im Bezirk Fuß zu fassen, in Erscheinung. Die Partei war mehrfach auf Demonstrationen gegen die Impfpflicht vertreten. Dabei war sie jedoch, anders als andere extrem rechte Kleingruppen, nie an der Organisation beteiligt. Der "III. Weg" richtete selbst zwei kleine Propagandaveranstaltungen aus, bei denen "III. Wegs"-Aktivist\*innen mit ukrainischen Neonazis kooperierten. Eine Aktion sollte ukrainische Geflüchtete am Hauptbahnhof "schützen", bei der anderen wurde zusammen mit der extrem rechten ukrainischen Jugendgruppe "Sokil" demonstriert. Die pro-ukrainische Haltung der Partei ist ein Alleinstellungsmerkmal unter den in Berlin aktiven extrem rechten Gruppen.



Die wahrscheinlich größte extrem rechte Bewegung in Berlin-Mitte dürften die faschistischen türkischen "Idealistenvereine" (Ülkücü), die sogenannten "Grauen Wölfe", sein. Ein dieser Bewegung nahestehender Verein veranstaltete am 05.05.2022 ein Kiezfest auf dem Nettelbeckplatz, an dem auch andere Vereine dieser Bewegung teilnahmen. Auch wurde am Rande von Demonstrationen der "Wolfsgruß", das Handzeichen dieser türkischen Faschisten, gezeigt. Mehrfach erhielten im Bezirk Mitte lebende kurdische Aktivist\*innen 2022 Morddrohungen mit Bekenntnissen zu den "Grauen Wölfen", die vermutlich von der Türkei aus versendet worden waren. Jedoch ließen diese Drohschreiben erkennen, dass die Betroffenen vorher in Berlin systematisch ausgespäht worden sein müssen. Frühere Morde und Mordversuche auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern zeigen, dass Bedrohungen aus diesem Spektrum durchaus ernst zu nehmen sind.

## Reichsbürger\*innen

Im Bezirk Mitte registrierten wir im Jahr 2022 145 Vorfälle im Zusammenhang mit Reichsbürger\*innen. 2021 waren es nur 67. Dies entspricht einem Anstieg von 116 %. Der Großteil der Vorfälle im Zusammenhang mit Reichsbürger\*innen waren Veranstaltungen. Wir erfassten 121 Demonstrationen und Kundgebungen sowie zwei sonstige Veranstaltungen. Von Reichsbürger\*innen-Kundgebungen und Demonstrationen gingen drei Angriffe auf Journalist\*innen sowie 19 Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien aus.

Die Veranstaltungen der Reichsbürger\*innen konzentrierten sich auf drei Orte im Bezirk: den Pariser Platz, den Alexanderplatz und die Reichstagswiesen.

Mit 51 Veranstaltungen war der Pariser Platz der Ort mit den meisten Reichsbürger\*innen Kundgebungen. Die dort abgehaltenen Kundgebungen wurden von verschiedenen Kleinstgruppen veranstaltet. Mehr als 20 Teilnehmende hatten diese Kundgebungen nur, wenn es in der Nähe andere, größere Veranstaltungen gab. Häufig wurden die Kundgebungen vor der amerikanischen Botschaft abgehalten, um auf den angeblichen Status Deutschlands als besetztes Land aufmerksam zu machen. Auf diesen Kundgebungen trugen einige Teilnehmende fast immer Reichsfahnen mit sich.

Die Gruppen "Freie Geister" und "Patriotic Opposition Europe" begann im Januar 2022 montägliche Demonstrationen gegen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auf dem Alexanderplatz zu veranstalten. Diese anfangs als Autokorso stattfindenden Demonstrationen hatten zu Jahresbeginn noch bis zu 2000 Teilnehmende. Im März hatte sich diese Zahl auf einige Hundert reduziert. Die "Patriotic Opposition Europe" trat ab März jedoch nicht mehr als Mitveranstalter in Erscheinung. Diese Gruppierung, die bei rassistischen Demonstrationen gegen Einwanderung und dann von Beginn an in der verschwörungsideologischen Mischszene gegen Coronamaßnahmen außerordentlich aktiv gewesen war

und dabei auch organisatorische Funktionen übernommen hatte, scheint ihre öffentliche Aktivität derzeit eingestellt zu haben. Spätestens ab dem 31.08.2022 wurden diese Demonstrationen auf den Mittwoch verlegt, um nicht länger in Konkurrenz zu den anderen verschwörungsideologischen "Montagsspaziergängen" zu stehen. Im Winter sank die Zahl der Teilnehmenden zum Teil in den niedrigen zweistelligen Bereich. Ein Themenwechsel vom Kampf gegen Pandemiemaßnahmen zu "Friedensdemonstrationen", bei denen Putin-regierungsnahe prorussische Verschwörungsmymen verbreitet wurden, führte jedoch allenfalls punktuell, nicht insgesamt zu höheren Mobilisierungen. Die "Freien Geister" unterscheiden sich vom sonstigen Reichsbürger\*innenmilieu durch ihre größere Anschlussfähigkeit an andere verschwörungsideologische Gruppen und ihren weitgehenden Verzicht auf das Zeigen von Reichsfahnen. 2022 hat die Gruppe 31 Veranstaltungen in Mitte organisiert. Im Umfeld dieser Veranstaltungen haben wir sechs Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien registriert.

Auf den Wiesen vor dem Reichstag veranstalteten verschiedene weitere, zum Teil nicht klar unterscheidbare Reichsbürger\*innen-Gruppen insgesamt 39 Kundgebungen und Demonstrationen. Die kleine Gruppe "Staatenlos.info" hielt davon mindestens 12 Kundgebungen ab und stellte für eine Reihe anderer Veranstaltungen Bühnenausrüstung zur Verfügung. Bei "staatenlos.info" handelt es sich um eine Reichsbürger\*innengruppe um einen ehemaligen NPD-Kader, der wegen Anschlägen auf Flüchtlingsseinrichtungen wegen mehrfachen Mordversuchs verurteilt worden ist. An ihren Kundgebungen nehmen häufig nur zehn oder 15 Personen teil. Jedoch gingen von Veranstaltungen auf den Reichstagswiesen immer wieder Übergriffe aus Reichsbürger\*innen, welche zuvor auf den Reichstagswiesen waren, beleidigten oder bedrohten mehrfach Politiker\*innen im Regierungsviertel und Geflüchtete oder Helfer\*innen am Hauptbahnhof.

## Die AfD und Reichsbürger\*innen

In der ersten Jahreshälfte waren AfD und Reichsbürger\*innen gemeinsam auf einigen Demonstrationen gegen die Impfpflicht. Im Gegensatz zur AfD spielten Reichsbürger\*innen jedoch weder in der Organisation, noch personell eine große Rolle bei den größeren Demonstrationen. So waren bei der AfD-Demonstration am 26.01.2022 gegen die Einführung einer Impfpflicht zwar Reichsbürger\*innen vertreten, das Verbot von Reichsflaggen machte sie aber nahezu unsichtbar. Bei den kleineren, regelmäßig von Reichsbürger\*innen veranstalteten Demonstrationen in Mitte war die AfD nicht vertreten.

In der zweiten Jahreshälfte nahmen Reichsbürger\*innen mehrfach an AfD-Demonstrationen teil, waren jedoch nur auf einer dieser Demonstrationen wirklich als Gruppe sichtbar. Auf der „Unser Land zuerst,-Demonstration am 08.10. waren Reichsbürger\*innen mit Reichsflaggen geduldet. Von der Demonstration ging massive Gewalt gegen Journalist\*innen aus. Wir haben hier vier Angriffe gezählt. Ob Reichsbürger\*innen an den Angriffen beteiligt waren, lässt sich nicht sagen. Im Nachgang der Demonstration grenzte sich die AfD von Reichsbürger\*innen ab und stellte diese als eingeschleuste Provokateure dar.

Generell lässt sich sagen, dass Reichsbürger\*innen und AfD nur dann zusammentrafen, wenn das gesamte Spektrum der extremen Rechten auf Demonstrationen vertreten war. Direkte Verbindungen zwischen beiden konnten wir nicht beobachten. Allerdings sind zum Teil die gleichen Medienaktivist\*innen auf Veranstaltungen von beiden vertreten. Sogenannte Alternativmedien bespielen Anhänger\*innen beider Gruppen und sind bei AfD und Reichsbürger\*innen gern gesehene Gäste. Auch gibt es Gruppen, die bei kleineren Veranstaltungen beider Gruppen vertreten sind, aber von uns weder als AfD-nahe, noch als Reichsbürger\*innen klassifiziert werden.

## Verschwörungsideologische Corona-Proteste

Wie auch in den beiden Vorjahren waren Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bei einem großen Teil der von uns registrierten Kundgebungen und Demonstrationen in Mitte ein zentrales Thema. Insgesamt erfassten wir 190 Vorfälle, bei denen die Corona-Pandemie eine Rolle spielte. Dabei handelte es sich um acht Angriffe, 14 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 34 Fälle von Propaganda und 134 Veranstaltungen. Die Motive waren dabei breit gestreut. Von den 190 Vorfällen mit Corona-Bezug waren 101 NS-relativieren / verharmlosend, 27 antisemitisch, 33 rechte Selbstdarstellungen, 19 gegen politische Gegner\*innen gerichtet, neun rassistisch und ein Vorfall LGBTIQ\*feindlich. Sowohl die Angriffe als auch die Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gingen meist von Demonstrationen aus. Häufig waren dabei Journalist\*innen oder Gegendemonstrant\*innen das Ziel. Es traf aber auch Passant\*innen, die dann rassistisch oder LGBTIQ\*feindlich bepöbelt wurden. Insbesondere Propaganda-Vorfällen mit Corona-Bezug waren häufig auch antisemitisch motiviert. Häufig wurden verharmlosende Vergleiche zwischen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und der Verfolgung von Jüd\*innen im Nationalsozialismus verbreitet. So wurden uns immer wieder Schmierereien wie "Impfen macht frei" und "Früher die Juden, heute die Ungeimpften" gemeldet. Die meisten Veranstaltungen waren NS-relativierend, bzw. -verharmlosend. Dabei handelte es sich häufig um Demonstrationen von Reichsbürger\*innen. Allerdings fielen auch Demonstrationen anderer Gruppen in diese Kategorie.





Die Gruppen "Freedom Parade" und "Freie Geister" übernahmen dabei eine Scharnierfunktion zwischen den unterschiedlichen verschwörungsideologischen Milieus, wie dies bis zu Beginn dieses Jahres auch die Patriotic Opposition Europe getan hatte. Die Gruppe "Freedom Parade" verbreitete zu Beginn des Jahres vor allem Verschwörungsmythen über die Corona-Pandemie, wechselte dann aber mit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine zur "Friedenspolitik", wobei sie nun Verschwörungsmythen aus regierungsnahen russischen Propagandaquellen verbreitete. Diese Entwicklung ließ sich in weiten Teilen der rechts-offenen verschwörungsideologischen Szene beobachten. Die "Freedom Parade" inszenierte sich bei ihren Veranstaltungen als Party-Widerstandsgruppe gegen ein angeblich diktatorisches Pandemieregime. Auf diesen Veranstaltungen waren neben anderen verschwörungsideologischen Gruppen wie der "Freien Linken" und der Kleinpartei "Die Basis" auch oft Reichsbürger\*innen vertreten. Die Gruppe tritt dabei nach außen hin nicht offen rassistisch auf. Gleichzeitig haben Mitglieder der Gruppe enge Verbindungen zu extrem rechten und neonazistischen Gruppen und Einzelpersonen. So nutzte die Gruppe die Räumlichkeiten in einem Café einer extrem rechten, fundamental-christlichen Sekte in Wedding und Mitglieder der Gruppe sprachen auf einer von Schweizer Neonazis organisierten Veranstaltung in Ungarn.

Von Demonstrationen der Gruppe gingen mehrfach Übergriffe auf Journalist\*innen und Gegendemonstrant\*innen aus. Wir erfassten 25 Veranstaltungen der Gruppe in Mitte, wobei 20 davon Demonstrationen waren. Bei den anderen Veranstaltungen handelte es sich meist um Partys oder Veranstaltungen mit ihnen nahestehenden extrem rechten Medienaktivist\*innen in Wedding.

Wenn die Mobilisierung zu verschwörungsideologischen Kundgebungen und Demonstrationen auch deutlich zurückgegangen ist, so haben sich die harten Kerne dieser Mischszene deutlich extremisiert. Dies manifestierte sich im Bezirk Mitte auch vor allem darin, dass noch nie so viele Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen von Kundgebungen und Demonstrationen ausgegangen waren wie im Jahr 2022. Auch gelang es extrem rechten und besonders den eher Querfrontorientierten-Agitator\*innen in dieser Mischszene, zumindest erhebliche Teile dieser Mischszene zum neuen Thema Ukraine-Krieg mitzunehmen und auch dieses verschwörungsideologisch zu besetzen. Sie konnten hier anknüpfen an die Montagskundgebungen der Friedensmahnwachen seit 2014, bei denen sich bereits Querfrontbündnisse zu bilden begonnen hatten und einige dieser Agitator\*innen auch bereits antisemitische Verschwörungsmythen verbreitet hatten.

#### **Verschwörungsideologischer Demonstration** · 21.12.2022 Bezirk: Mitte

Eine Demonstration der extrem rechten, verschwörungsideologischen Gruppe „Freie Geister“ zog mit ca. 50 Teilnehmenden vom Alexanderplatz durch das Scheunenviertel in Mitte. Auch Personen aus dem Reichsbürgermilieu und aus der extremen Rechten waren anwesend und mit Plakaten und Schildern wurden Reichsbürgerideologien verbreitet. Die Demonstration richtete sich unter anderem gegen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und, mit Narrativen aus der russischen regierungsnahen Propaganda, gegen den Ukraine-Krieg. Teilnehmende verbreiteten dabei auch NS-verharmlosende Vergleiche und strukturell antisemitische Verschwörungsmythen.

*Quelle: Registerstelle Mitte, Berlin gegen Nazis, Twitter*



## II.IV Fachtag 2022

### „Der Widerstand gegen Anti-Schwarzen Rassismus in Zeiten der Ukraine-Krise!“

Aufgrund der Bedeutung, die im Jahr 2022 Diskriminierungen gegen afrikanische und Schwarze Geflüchtete aus der Ukraine einnahmen, wählten wir für den Fachtag der Registerstelle Mitte das Thema: „Der Widerstand gegen Anti-Schwarzen Rassismus in Zeiten der Ukraine-Krise!“ Allein in Mitte registrierten wir 25 anti-Schwarze rassistische Vorfälle gegen aus der Ukraine geflohene afrikanische und Schwarze Menschen. Unter dem Eindruck der vielen strukturellen Benachteiligungen, Diskriminierungen und Bedrohungen von Schwarzen Ukraine-Geflüchteten auf der Flucht sowie in den ihnen gegenüber eher widerwilligen Aufnahmeländern, hatte sich aus den afro-diasporischen und Schwarzen Communities in Deutschland von den ersten Tagen des Krieges an, sofort, als die ersten Nachrichten eintrafen, afrikanische Drittstaatsangehörige hätten an den Grenzen Schwierigkeiten, aus der Ukraine zu fliehen, in kürzester Zeit beispiellose Unterstützer\*innennetzwerke gebildet.

Mit dem Fachtag wollten wir auf diese enorme Leistung der afro-diasporischen und Schwarzen Communities aufmerksam machen und öffentlich darüber reflektieren, was aus diesen Erfahrungen gelernt und mitgenommen werden kann, um Selbstorganisation und den Widerstand gegen Anti-Schwarzen Rassismus zu stärken.

Zu Beginn der Veranstaltung gaben zwei Mitarbeiter des Registers Mitte einen Input über Anti-Schwarzen Rassismus in Deutschland und Berlin-Mitte. Anschließend gab Dr. Edward Omeni vom DeZIM einen Überblick über Anti-Schwarzen Rassismus in Mittel-

und Osteuropa. Dr. Tade Omotosho von NIDO Poland, einer nigerianischen Diasporaorganisation in Polen, sprach über Anti-Schwarzen Rassismus in Polen und darüber, wie auch in Polen die Unterstützungsarbeit für afrikanische Geflüchtete die noch kleine afrikanischen Diaspora dort seit Beginn des Ukraine-Krieges zusammengebracht und empowert hätte.

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten Rachel Nangally von Sources d'Espoir e.V. und Kahbit Ebob Enow vom Tubman Network, die besonders in dieser Unterstützungsarbeit aktiv sind, die Situation von Schwarzen Geflüchteten aus der Ukraine in Berlin und Deutschland und die Probleme und Erfolge ihrer Arbeit vor. Ina Wolf vom LSVD ergänzte dies, indem sie, gestützt auf eine erste Studie zur Auswertung der Beratungspraxis des LSVD, über die Mehrfach-Diskriminierung gegenüber BIPOC-LGBTIQ\*Geflüchteten aus der Ukraine berichtete.



In der Diskussion wurden die Potentiale und Leistungen der Communities angesichts dieser Herausforderung deutlich. Insofern wäre eine wissenschaftlich unterstützte Auswertung dieser Erfahrungen wünschenswert, um die Unterstützungsarbeit nun weiter zu professionalisieren, aber vor allem, um diese Erfahrungen nutzbar zu machen, für den weiteren Widerstand gegen Rassismus.







## II.V Zivilcourage

Bei einigen Angriffen, Bedrohungen und Beleidigungen war immerhin ermutigend, dass Passant\*innen und Zeug\*innen Zivilcourage gezeigt und versucht haben, auf verschiedene Weise gegen Angreifer\*innen und Pöbler\*innen einzuschreiten. Leider registrierten wir 2022 nur zehn Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen, bei denen Menschen Zivilcourage bewiesen, was einen leichten Anstieg gegenüber neun Vorfällen im Jahr 2021 und weiterhin einen starken Rückgang von 19 Vorfällen im Jahr 2020 darstellt. Im Erfassungsbereich Propaganda sind wir besonders auf das Engagement unsere Melder\*innen angewiesen. Diese Menschen, die in ihrer Freizeit menschenfeindliche Propaganda, vor allem Sticker und Schmierereien, dokumentieren und entfernen, leisten einen wichtigen Beitrag für das gesellschaftliche Klima in der Stadt.



Wie auch im letzten Jahr veranstalteten wir am 19.09. den Tag der Zivilcourage auf dem Leopoldplatz. Zusammen mit Vereinen, Initiativen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen wurden dort trotz schlechtem Wetter Passant\*innen über die Bedeutung von Zivilcourage informiert. Insgesamt 30 Organisationen stellten ihre Arbeit an Ständen vor, während ein Bühnenprogramm mit musikalischer Begleitung, inhaltlichen Beiträgen sowie Landes- und Bundespolitiker\*innen die Passant\*innen und Anwohner\*innen zum Verweilen einlud.



Tag der Zivilcourage auf dem Leopoldplatz am 19. September 2022 von NARUD e.V. organisiert





## II.VI Auszüge vom Register-Berlin im Jahr 2022

Um gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen, muss man sie als Problem erkennen. Und man muss beschreiben wem sie passiert, wo sie stattfindet und wie sie funktioniert. Wir veröffentlichen die Vorfälle, die uns gemeldet werden.

[www.berliner-register.de](http://www.berliner-register.de)

**Antisemitismus auf verschwörungsideologischer Demonstration** · 16.11.2022 Bezirk: Mitte  
Im Ortsteil Mitte kam es zu einer Demonstration der verschwörungsideologischen, extrem rechten Gruppe "Freie Geister" unter Beteiligung von Reichsbürger\*innen. Während der Demonstration wurde der Holocaust relativiert. Gegendemonstrant\*innen wurde "Arbeit macht frei" entgegengerufen.

Quelle: Registerstelle Mitte, Twitter

**Antimuslimischer Rassismus auf verschwörungsideologischer Demo** 23.10.2022 Bezirk: Mitte  
Ca. 20 Verschwörungsideolog\*innen und Reichsbürger\*innen zogen auf einer von der „Freedom Parade“ veranstalteten Demo durch das Regierungsviertel in Mitte. Ein Redner behauptete, dass die Mehrheit aller Muslime in Deutschland nur auf den Tag X warten würden, um das Land zu übernehmen. Außerdem wurde Werbung für eine antimuslimisch-rassistisch ausgerichtete Gruppierung gemacht.

Quelle: Registerstelle Mitte, Bürger\*innenmeldung via Twitter

**AfD-Kommunalpolitiker äußerte sich abwertend über das Holocaust-Mahnmal**

08.10.2022 BEZIRK: MITTE

Ein Kommunalpolitiker der thüringischen AfD posierte tänzelnd auf Stelen des Berliner Denkmals für die ermordeten Juden Europas und äußerte sich abwertend über die deutsche Erinnerungskultur. Anschließend bezeichnete er das Mahnmal unter anderem als „Betonklötze“ und öffentliche Toilette. In sozialen Medien teilte er ein Foto seiner Aktion mit dem Satz: „Der Zeitgeist ist nur eine kurze Erscheinung.“

Quelle: Registerstelle Mitte; Twitter #b0810, Berliner Zeitung vom 10.10.2022, News.de vom 11.10. 2022, MDR vom 11.10. 2022

**Behördliche Diskriminierung von vietnamesischer Ukraine-Geflüchteter**

27.09.2022 BEZIRK: MITTE

Eine aus der Ukraine geflüchtete Vietnamesin berichtete von rassistischen Diskriminierungen bei Behörden im Bezirk Mitte. Weiteres wird zum Schutz der Person nicht veröffentlicht.

Quelle: Registerstelle Mitte

**Antisemitischer Angriff am Mahnmal für die ermordeten Jüd\*innen Europas**

30.12.2022 Bezirk: Mitte

Ein Unbekannter bespuckte gegen 12:30 Uhr am Mahnmal für die ermordeten Jüd\*innen Europas zuerst ein fünfjähriges Kind, schlug dann einen 80-jährigen Touristen gegen den Kopf und beleidigte anschließend eine 19-Jährige antisemitisch. Die Polizei ermittelt.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 2471 vom 31.12.2022

**Anti-Schwarze rassistische Beleidigung im Bahnhof Friedrichstraße** · 27. Oktober 2022

Im Bahnhof Friedrichstraße wurde eine Schwarze Frau mit Kinderwagen und zwei weiteren kleinen Kindern gegen 17.00 Uhr beim Aussteigen aus der S-Bahn von einer weißen Frau rassistisch beleidigt. Die Beleidigerin sagte zu einer Begleiterin extra laut und deutlich vor der Betroffenen: „Nichts als Kinder machen können die! Und mit ihren vielen Kindern von unserem Sozialstaat leben!“

Quelle: Registerstelle Mitte, Bürger\*innenmeldung

# Anlaufstellen des Berliner Registers (Meldungen an das Register) und Beratungsstellen für Berlin-Mitte

Weitere Adressen  
und Angebote auf der Webseite:  
[www.berliner-register.de](http://www.berliner-register.de)



## III.I Anlaufstellen des Berliner Registers im Bezirk Berlin-Mitte

Für Betroffene und Zeug\_innen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt es verschiedene Beratungsangebote, die allesamt kostenlos sind. Das Spektrum reicht von Rechtsberatung, über Sozialberatung und Begleitservices bis hin zur psychotherapeutischen Betreuung bei traumatisierten Gewaltopfern.

Sie können sich immer gerne an die **Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.** wenden:  
Tel.: (030) 40757551 und 0157/76318728 · Mail: [register@narud.org](mailto:register@narud.org) · [www.narud.org/register/](http://www.narud.org/register/)

### Gesundbrunnen

**Büro für Bürger\*innenbeteiligung  
L.I.S.T. GmbH**  
Gottschedstraße 33 · 13357 Berlin  
Webseite: [www.mittemachen-berlin.de](http://www.mittemachen-berlin.de)  
Telefon: +49 30 460605560  
E-Mail: [beteiligung-mitte@list-gmbh.de](mailto:beteiligung-mitte@list-gmbh.de)

**Café VIA  
IN VIA Jugendmigrationsdienst**  
Bellermannstraße 9 · 13357 Berlin  
Webseite: [www.invia-berlin.de](http://www.invia-berlin.de)  
Telefon: +49 30 81864163  
E-Mail: [jmd@invia-berlin.de](mailto:jmd@invia-berlin.de)

**Demokratie in der Mitte - Vor-Ort-Büro  
Fabrik Osloer Strasse e.V.**  
Osloer Straße 12  
13359 Berlin-Gesundbrunnen  
Webseite: [www.demokratie-in-der-mitte.de](http://www.demokratie-in-der-mitte.de)  
Telefon: +49 30 49500526  
E-Mail: [info@demokratie-in-der-mitte.de](mailto:info@demokratie-in-der-mitte.de)

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.  
Vor-Ort-Büro Humboldthain**  
Putbusser Straße 27  
13355 Berlin-Gesundbrunnen  
Telefon: +49 30 50344148

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.  
Vor-Ort-Büro Soldiner Kiez**  
Koloniestraße 35a  
13359 Berlin-Gesundbrunnen  
Telefon: +49 30 48478064

**Wendepunkt gGmbH**  
Gottschedstr. 4  
13353 Berlin  
Internet: [team-wendepunkt.de](http://team-wendepunkt.de)  
Telefon: +49 30 68323283  
E-Mail: [info@team-wendepunkt.de](mailto:info@team-wendepunkt.de)

### Mitte

**Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung oder chronische Erkrankung  
Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.**  
Littenstraße 108 · 10179 Berlin-Mitte  
Webseite: [www.lv-selbsthilfe-berlin.de](http://www.lv-selbsthilfe-berlin.de)  
Telefon: +49 30 27592527, +49 30 27875691  
E-Mail: [adb@lv-selbsthilfe-berlin.de](mailto:adb@lv-selbsthilfe-berlin.de)

**Ban Ying e.V.  
Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel**  
Anklamer Strasse 38  
10115 Berlin-Mitte  
Webseite: [www.ban-ying.de](http://www.ban-ying.de)  
Telefon: +49 30 44063-73, +49 30 44063-74  
E-Mail: [beratung@ban-ying.de](mailto:beratung@ban-ying.de)

### Moabit

**Integrationsbüro Mitte  
Rathaus Tiergarten**  
Mathilde-Jacob-Platz 1 · 10551 Berlin-Moabit  
Webseite: [www.berlin.de/ba-mitte](http://www.berlin.de/ba-mitte)  
Telefon: +49 30 901833035  
E-Mail: [integrationsbuero@ba-mitte.berlin.de](mailto:integrationsbuero@ba-mitte.berlin.de)

**Jugendmigrationsdienst Mitte  
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands**  
Sickingenstraße 20-28 · 10553 Berlin-Moabit  
Telefon: +49 30 440329-63  
E-Mail: [jmd.mitte@cjd-berlin.de](mailto:jmd.mitte@cjd-berlin.de)

**Karame e.V.**  
Wilhelmshavener Straße 22 · 10551 Berlin  
Telefon: +49 30 39035516  
Webseite: [www.karame.de](http://www.karame.de)

**Korea Verband e.V.**  
Quitzwowstraße 103  
10551 Berlin-Moabit  
Webseite: [www.koreaverband.de](http://www.koreaverband.de)  
Telefon: +49 30 39805984  
E-Mail: [mail@koreaverband.de](mailto:mail@koreaverband.de)

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.  
Vor-Ort-Büro**  
Beusselstraße 80 · 10553 Berlin-Moabit  
Telefon: +49 30 34096426

**Opferhilfe Berlin e.V.**  
Oldenburger Straße 38 · 10551 Berlin  
Webseite: [www.opferhilfe-berlin.de](http://www.opferhilfe-berlin.de)  
Telefon: +49 30 3952867  
E-Mail: [info@opferhilfe-berlin.de](mailto:info@opferhilfe-berlin.de)

**Transaidency e.V.**  
Turmstraße 70 · 10551 Berlin  
Webseite: [www.transaidency.org](http://www.transaidency.org)  
Telefon: +49 30 99212536  
E-Mail: [kontakt@transaidency.org](mailto:kontakt@transaidency.org)

### Tiergarten

**GLADT e.V.  
unabhängig, mehrsprachig, queer**  
Lützowstr. 28 · 10785 Berlin  
Webseite: [www.gladt.de](http://www.gladt.de)  
E-Mail: [info@gladt.de](mailto:info@gladt.de)

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.  
Vor-Ort-Büro**  
Pohlstraße 6 · 10785 Berlin-Tiergarten  
Telefon: +49 30 23003971

### Wedding

**Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin**  
Schererstraße 8 · 13347 Berlin-Wedding  
Webseite: [www.basta.blogsport.eu](http://www.basta.blogsport.eu)  
E-Mail: [bastaberlin@systemli.org](mailto:bastaberlin@systemli.org)

**Gangway e.V.  
Team Wedding**  
Buttmannstraße 15 · 13357 Berlin-Wedding  
Telefon: +49 30 4626480

**Kiezhhaus Agnes Reinhold**  
Afrikanische Straße 74  
13351 Berlin-Wedding  
Webseite: [www.kiezhhaus.org](http://www.kiezhhaus.org)  
E-Mail: [info@kiezhhaus.org](mailto:info@kiezhhaus.org)

**Kulturen im Kiez e.V.**  
Utrechter Straße 36  
13347 Berlin-Wedding  
Webseite: [www.kulturen-im-kiez.de](http://www.kulturen-im-kiez.de)  
Telefon: +49 30 98327767  
E-Mail: [info@kulturen-im-kiez.de](mailto:info@kulturen-im-kiez.de)

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.  
Vor-Ort-Büro**  
Hochstädter Straße 16  
13347 Berlin-Wedding  
Webseite: [www.bildungsmarkt.de](http://www.bildungsmarkt.de)  
Telefon: +49 30 45020882  
E-Mail: [lotsen-hochstaedter@bildungsmarkt.de](mailto:lotsen-hochstaedter@bildungsmarkt.de)

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.  
Vor-Ort-Büro**  
Hochstädter Straße 16  
13347 Berlin-Wedding  
Telefon: +49 30 60503098

**Zukunftshaus Wedding  
Mobile Stadteitarbeit im Parkviertel**  
Müllerstraße 56-58  
13349 Berlin  
Webseite: [www.pgssoziales.de](http://www.pgssoziales.de)  
Telefon: 030-45005 131  
E-Mail: [stadtteilzentrum@pgssoziales.de](mailto:stadtteilzentrum@pgssoziales.de),  
[mobil@pgssoziales.de](mailto:mobil@pgssoziales.de)

## III.II BERATUNGSSTELLEN

### Opferhilfe Berlin e.V.

**Tätigkeit:** Beratung nach Gewalttaten, Zeug\*innenbetreuung, Traumafachberatung, Fremdsprachige Beratung

Oldenburger Straße 38, 10551 Berlin  
Tel.: (030) 395 28 67  
www.opferhilfe-berlin.de

**Gewaltschutzambulanz der Charité – Universitätsmedizin Berlin** Tätigkeit: rechtsmedizinische Begutachtung und Dokumentation von sichtbaren Verletzungen  
Birkenstraße 62, Haus N, 10559 Berlin  
Tel.: (030) 450 570 270  
www.gewaltschutzambulanz.charite.de

### HateAid gGmbH

**Tätigkeit:** Beratung und Unterstützung bei Gewalt im Internet

c/o Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte  
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin  
Tel.: 0172 4636998  
www.hateaid.org

### ADAS – Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen von LIFE e.V.

**Tätigkeit:** Beratungsstelle für Menschen, die in Berliner Schulen Diskriminierung erleben  
Rheinstraße 45/46, 12161 Berlin,  
Aufgang C, 3. Etage  
Tel.: 0800 724 50 67  
www.adas-berlin.de

### Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

**Tätigkeit:** Beratung bei Diskriminierung in Schulen, Schulentwicklung

Bernhard-Weiß-Str. 6 · 10178 Berlin  
Raum 3 C 40,  
Tel.: (030) 90227 -5817  
www.berlin.de/sen/bjf/service/qualitaets-und-beschwerdemanagement/

### Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita (BeNeDiSK)

**Tätigkeit:** Beratung bei Diskriminierung in Schule und Kita

c/o Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.  
Oranienstraße 34, 10999 Berlin  
Tel.: (030) 818 219 295  
www.benedisk.de

### Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt:

**Fair mieten – Fair wohnen**  
**Tätigkeit:** Kostenlose und Mehrsprachige Beratung bei Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Oranienstraße 53, 10969 Berlin  
Tel.: (030) 623 26 24  
www.fairmieten-fairwohnen.de

### Antidiskriminierungsstelle des Bundes

**Tätigkeit:** Beratung und juristische Erstberatung in allen Fällen von (vermuteter) Diskriminierung, besonders bei Vorkommissen und Fragestellungen die - über den Einzelfall hinaus - auch bundesweit von Bedeutung sein können.

Glinkastraße 24, 10117 Berlin  
Tel.: (030) 18 555-1855  
www.antidiskriminierungsstelle.de

### LADS Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Salzburgerstr. 21-25, 10825 Berlin  
Tel.: (030) 9013 3460  
www.berlin.de/sen/lads

## III.III Rassismus, Flucht und Migration

### ReachOut

**Tätigkeit:** Beratung für Opfer rechter, Orassistischer und antisemitischer Gewalt  
Beusselstr. 35 · 10553 Berlin,  
(Hinterhaus 4. Etage)  
Tel.: (030) 69 56 83 39  
www.reachoutberlin.de

### OPRA – Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Beusselstrasse 35 · 10553 Berlin,  
Hinterhaus  
Tel.: (030) 92 21 82 41  
www.opra-gewalt.de

### ADNB des Türkischer Bund Berlin Brandenburg (TBB) - Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

**Tätigkeit:** Beratungsstelle primär für in Berlin lebende Menschen, die rassistische und damit zusammenhängende Diskriminierungserfahrungen machen  
Oranienstraße 53, 10969 Berlin  
www.adnb.de

### Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit e.V. (BDB e.V.)

**Tätigkeit:** Beratung und Begleitung für Menschen, die von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind

### SprengelHaus

Sprengelstr. 15, 13353 Berlin  
Tel.: (030) 216 88 84  
www.bdb-germany.de

### KuB Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant\_innen e.V.

**Tätigkeit:** Beratung von Geflüchteten und Migrant\*innen (insb. geflüchtete Frauen) zu Asyl und Aufenthalt, mehrsprachig, Dolmetschen in Gebärdensprache  
Oranienstr. 159 , 10969 Berlin-Kreuzberg  
Tel.: (030) 614 94 00  
www.kub-berlin.org

### Beratungsstelle für Migrant/innen von Arbeit und Leben Berlin (DGB/VHS)

**Tätigkeit:** mehrsprachige Beratung in arbeits-, sozial- und ausländerrechtlichen Fragen und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)  
Kapweg 4, 13405 Berlin  
Tel.: (030) 5130 192 80  
www.berlin.arbeitundleben.de

### Wedding.hilft

**Tätigkeit:** Unterstützung für Geflüchtete (z.B. bei der Wohnungssuche, Dolmetschen v.a. arabisch, serbokroatisch, kurdisch)  
c/o Soziales Zentrum  
Wollankstr. 58-60, 13359 Berlin  
www.wedding-hilft.de

### Moabit hilft e.V.

**Tätigkeit:** allgemeine Beratung von Geflüchteten, Begleitdienste  
Turmstr. 21 · 10559 Berlin  
Haus R  
Tel.: (030) 35057538  
www.moabit-hilft.com



### III.IV Islamfeindlichkeit/Antimuslimischer Rassismus

#### Inssan e.V.

*Tätigkeit: Erstberatung und Unterstützung bei Diskriminierung aufgrund der muslimischen oder muslimisch zugeschriebenen Identität*  
Gitschiner Str. 17, 10969 Berlin  
Tel.: (030) 20619639  
www.inssan.de

#### Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

*Tätigkeit: Beratung bei antisemitischen Vorfällen*  
Postfach 12 05 30, 10595 Berlin  
Tel.: (030) 914 811 69  
www.jfda.de

### III.V Antiziganismus

#### Amaro Foro

*Tätigkeit: Erstberatung Antiziganismus, Beratungsstelle für rumänische und bulgarische Roma mit Sprachmittlung, aufsuchender Arbeit und Sozialberatung, auf Bulgarisch, Romanes und Rumänisch*  
Kaiser-Friedrich-Straße 19, 10585 Berlin  
Tel.: (030) 610811020  
www.amaroforo.de

#### Kulturen im Kiez e.V.

*Tätigkeit: Beratung für Zuwandererfamilien aus Süd-Ost-Europa, Mädchenarbeit mit Romnija*  
Utrechter Straße 36, 13347 Berlin  
Tel.: (030) 983 277 67  
www.kulturen-im-kiez.de

### III.VI Antisemitismus

#### OFEK Beratungs- und Interventionsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung der ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.)

*Tätigkeit: Beratungs- und Interventionsstelle, kostenfreie Einzelfallberatung für Antisemitismuserfahrene und Betroffene antisemitischer Gewalt*  
Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin  
Tel.: (030) 610 80 458  
www.zwst-kompetenzzentrum.de

### III.VII LGBTIQ\*-Feindlichkeit

#### GLADT e. V.

*Tätigkeit: Psychosoziale Beratung von und für Schwarze und of Color LSBTIQ\* zu Antidiskriminierung, Antigewalt, Asyl und Migration, Trans\* und Inter\*, Gesundheit u.v.m.*  
Lützowstraße 28, 10785 Berlin  
Tel.: (030) 26556633  
www.gladt.de

#### LesMigraS

*Tätigkeit: Antigewalt- und Antidiskriminierungs-Bereich der Lesbenberatung Berlin e.V.*  
Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin  
Tel.: (030) 21 91 50 90  
www.lesmigras.de

#### StandUp Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin

*Tätigkeit: Mehrsprachiges Beratungsangebot für Schwule und bisexuelle Männer, Menschen mit HIV und Aids, transgeschlechtliche Menschen.*  
Niebuhrstr. 59/60 · 10629 Berlin  
(Rollstuhlgerechte Räume und Fahrstuhl vorhanden)  
Tel.: (030) 23 36 90 -80  
www.schwulenberatungberlin.de

#### MANEO - das schwule Anti-Gewalt-Projekt und Überfalltelefon in Berlin

*Tätigkeit: Beratung für schwule und bisexuelle Männern, die von schwulfeindlicher Gewalt und Diskriminierung betroffen sind – egal ob als Opfer, Tatzeugen oder Lebenspartner der Betroffenen.*  
Bülowstraße 106, 10783 Berlin  
Tel.: (030) 216 33 36  
www.maneo.de

#### Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) –

*Tätigkeit: LSVD Berlin Beratung für Regenbogenfamilien, Lesben, Schwule, Bisexuelle, transgeschlechtlich definierte Menschen, Kostenlose Rechtsberatung.*  
Kleiststraße 35, 10787 Berlin  
Tel.: (030) 22 50 22 15  
www.berlin.lsvd.de/beratung

#### L-Support

*Tätigkeit: Antigewaltprojekt für lesbische, bisexuelle und queere Frauen*  
Potsdamer Str. 139 · 10783 Berlin  
Tel.: (030) 459 618 65  
www.l-support.net/l-support

#### Sonntags-Club

*Tätigkeit: Beratung für Transidente Menschen, Transgender, Menschen mit einer Trans\*thematik, Lesben, Schwule, bisexuelle Menschen, auch auf Englisch*  
Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin  
Tel.: (030) 449 75 90  
www.sonntags-club.de/beratung.html

#### Berliner Staatsanwaltschaft

Ansprechpartner\_in für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Staatsanwaltschaft  
*Tätigkeit: Schwule, lesbische, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Opfer homophober Hasskriminalität können sich direkt an die Staatsanwaltschaft wenden. Sie nimmt Anliegen, Beschwerden, gegebenenfalls auch Strafanzeigen auf und stellt den Kontakt zu*

*den zuständigen Staatsanwälten, der Polizei und den privaten Hilfsorganisationen her.*

#### Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Ansprechpartnerin:  
Oberstaatsanwältin Ines Karl  
Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin  
Tel.: (030) 9014-2697

### III.VIII Behinderung und (chronische) Krankheit

#### Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.

Littenstraße 108, 10179 Berlin  
Tel.: (030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91  
www.lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung

#### Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.

*Tätigkeit: Psychosoziale Beratung telefonisch, persönlich und per E-Mail, Peer-Beratung (behinderte Frauen beraten behinderte Frauen).*  
Leinestr. 51 · 12049 Berlin  
(rollstuhlgerechte Räume)  
Tel.: (030) 617 091 -68 / -69  
www.netzwerk-behinderter-frauen-berlin.de

#### AIDS-Hilfe e.V.

Kontaktstelle zu HIV-bedingter Diskriminierung der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.  
*Tätigkeit: Erstberatung zu HIV-bedingter Diskriminierung*  
Wilhelmstr. 138, 10963 Berlin  
Tel.: (030) 690 087-67  
www.aidshilfe.de/de/aktuelles/meldungen/neue-kontaktstelle-zu-hiv-bedingterdiskriminierung

### 3.9 Sozialer Status

#### **Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin**

**Tätigkeit:** Beratung und Begleitung zum Jobcenter

Schererstraße 8, 13347 Berlin  
www.basta.blogsport.eu

#### **Zentrale Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot**

**Tätigkeit:** niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen, die keine Wohnung haben, vom Verlust der Wohnung bedroht sind oder sich in einer vergleichbaren Notlage befinden

Levetzowstraße 12a, 10555 Berlin-Tiergarten  
Tel.: (030) 3904740  
www.wohnungslos-berlin.de

## III.X Frauen und Mädchen

#### **BIG e.V. - Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen**

**Tätigkeit:** Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder, mehrsprachige Beratung am Telefon, per Mail oder persönlich, Begleitung ins Frauenhaus, ins Krankenhaus und vor Gericht

Durlacher Str. 11 a, 10715 Berlin  
Hotline: Tel.: (030) 611 03 00  
www.big-hotline.de

#### **Ban Ying e.V. Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel**

**Tätigkeit:** Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel, Einwanderinnen aus Südostasien

Anklamer Strasse 38, 10115 Berlin  
Tel.: (030) 44 06 -373 und -374  
www.ban-ying.de

#### **TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e. V.**

**Tätigkeit:** Beratung zu Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Zwangsheirat, weiblicher Genitalverstümmelung, häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt

Brunnenstr. 128, 13355 Berlin  
Tel.: (030) 40 50 46 99 0  
www.frauenrechte.de

#### **Wildwasser Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V.**

**Tätigkeit:** Beratung für Mädchen nach sexuellem Missbrauch

Wriezener Straße 10-11, 13359 Berlin  
Tel.: (030) 48 62 82 30  
www.wildwasser-berlin.de

#### **LARA Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen\***

**Tätigkeit:** unbürokratische Hilfen für Frauen\* nach sexualisierter Gewalt (ab 14. Lebensjahr)

Fuggerstraße 19, 10777 Berlin  
Tel.: (030) 216 88 88  
www.lara-berlin.de

## III.XI Alter – Antidiskriminierungsberatung

#### **Alter oder Behinderung**

##### **Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.**

Littenstraße 108, 10179 Berlin  
Tel.: (030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91  
www.lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung

##### **KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen!**

**Tätigkeit:** Beratung und Begleitung in Diskriminierungsfällen an, die junge Kinder im Alter von 0 bis 8 Jahren betreffen. Eine mehrsprachige Beratung ist möglich.

Naunynstraße 64, 10997 Berlin  
Tel.: (030) - 80206323  
www.kids.kinderwelten.net/de

## III.XII Rechts-extremismus

#### **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)**

**Tätigkeit:** Beratung bei konkreten rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Herausforderungen in ihren verschiedensten



Wikimedia, Autor Leonhard Lenz, CC0 1.0 Universal (CC0 1.0)

#### **Erscheinungsformen für Einzelpersonen und Organisationen**

Gleimstraße 31, 10437 Berlin  
Tel.: (030) 817 985 810  
www.mbr-berlin.de

#### **Violence Prevention Network e. V.**

**Tätigkeit:** Beratung für Menschen, die sich von extremistischen Ideologien und Gruppen lösen möchten sowie deren Angehörige und Umfeld

Alt-Moabit 73, 10555 Berlin  
Tel.: (030) 917 05 464

## III.XIII Andere

#### **entschwört.**

Ein Projekt von pad  
präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH

**Tätigkeit:** Beratung im Umgang mit Verschwörungsmethoden im persönlichen Umfeld

Telefonisch: 0178 572 81 03

E-Mail: [beratung@entschwuert.de](mailto:beratung@entschwuert.de)

[www.entschwuert.de/](http://www.entschwuert.de/)





Register  
Berlin Mitte



Gefördert durch

im Rahmen von

<b>BERLIN</b>		 <b>DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.</b>
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus



[www.berliner-register.de/mitte](http://www.berliner-register.de/mitte)